



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung



Wie wollen wir morgen leben?

Stimmen der Öffentlichkeit aus den
Konsultationen zum Fortschrittsbericht 2008
zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Berlin, Oktober 2008



Nachhaltigkeits-
strategie
für Deutschland

Inhalt

1. Einführung	3
2. Allgemeine Stellungnahmen zur Nachhaltigkeitspolitik und -strategie	3
3. Stellungnahmen zu den geplanten Schwerpunkthemen des Fortschrittsberichts 2008 (Kapitel C.)	6
I. Klima und Energie.....	6
II. Schritte zu einer nachhaltigen Rohstoffwirtschaft	12
III. Demografischer Wandel – Chancen für stärkeren sozialen Zusammenhalt	14
4. Stellungnahmen zu Nachhaltigkeit in weiteren Politikfeldern (Kapitel D.)	16
I. Nachhaltiger Verkehr	16
II. Nachhaltiger Konsum, nachhaltige Produktion, nachhaltiges Wachstum.....	20
III. Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	23
IV. Gesundheit	27
V. Soziale Eingliederung, Demografie und Migration	28
VI. Globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und nachhaltige Entwicklung.....	30
VII. Allgemeine und berufliche Bildung.....	32
VIII. Forschung und Entwicklung.....	34
5. Stellungnahmen zu sonstigen Themen	35
6. Ausblick	37

1. Einführung

Demokratie lebt von Beteiligung, nicht nur an Wahltagen, sondern auch im Rahmen gesellschaftlicher und politischer Orientierungsprozesse. Vor allem die Diskussion darüber, wie wir langfristig leben wollen und welche Prioritäten wir dabei setzen, muss von allen geführt werden. Mit anderen Worten: Nachhaltigkeit ist ein zentrales öffentliches Thema. Dabei geht auch die Frage, wie die nationale Nachhaltigkeitsstrategie aktuell fortgeschrieben werden soll, jeden an.

Die Bundesregierung hat deshalb – wie schon 2001/2002 bei der Erarbeitung der Strategie und 2004 beim ersten Fortschrittsbericht – großen Wert darauf gelegt, der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich frühzeitig und umfassend am Fortschrittsbericht 2008 zu beteiligen: Im November 2007 wandte sich sie mit dem so genannten Konsultationspapier an die Bürgerinnen und Bürger und bat um Stellungnahmen und Anregungen bis Ende Januar 2008. Über den Start der ersten Konsultationsphase hatte die Bundesregierung umfangreich informiert.

Der Entwurf des eigentlichen Berichts wurde im Mai 2008 veröffentlicht, unmittelbar nachdem ihn der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung bewilligt hatte. Damit startete die zweite Konsultationsphase von Mai bis Ende Juni 2008. Der Text war, wie bereits das Konsultationspapier, für alle Bürgerinnen und Bürger im Internet unter www.dialog-nachhaltigkeit.de abruf- und kommentierbar.

Diese Möglichkeit haben hunderte Einzelpersonen, Verbände, Organisationen, Unternehmen, Gruppen und auch Vertreter der Bundestagsfraktionen genutzt. Insgesamt ging eine Fülle von Kommentaren, Ideen und Forderungen sowie konkreten Vorschlägen für Textformulierungen und neuen bzw. angepassten Nachhaltigkeitsindikatoren ein. Sie alle wurden vom Bundeskanzleramt und von den Bundesministerien für die Arbeit am Fortschrittsbericht sorgfältig ausgewertet. Die nachfolgende Dokumentation gibt einen Überblick über die während der beiden Konsultationsphasen eingegangenen Anmerkungen. Die Darstellung ist dabei im Aufbau an die Gliederung des Fortschrittsberichts angelehnt. Eckige Klammern in den Zitaten aus den Stellungnahmen enthalten Erklärungen zu Fachbegriffen, Brücken zum Verständnis oder sie markieren Auslassungen.

Die endgültige Version des Fortschrittsberichts wird das Bundeskabinett im Herbst verabschieden. Er ist anschließend digital und als Broschüre beim Bundespresseamt abrufbar.

2. Allgemeine Stellungnahmen zur Nachhaltigkeitspolitik und -strategie

In vielen Stellungnahmen wird die Möglichkeit, sich zum Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie zu äußern ausdrücklich begrüßt. Die Ansätze der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie werden gelobt. So schreibt ein Mitarbeiter eines Energieversorgungsunternehmens: Der Fortschrittsbericht „wird sicherlich berechtigt breite Zustimmung finden, auch auf Grund der bereits jetzt offensichtlich hervorragenden Qualität seiner Erarbeitung“. „Insgesamt möchten wir beide betonen, dass wir von der hohen Qualität des Fortschrittsberichts, insbesondere auch wegen der Einfügung des unabhängigen Indikatorenberichts des Statistischen Bundesamtes und der Präzisie-

„... die Darstellung des Nachhaltigkeitsbegriffs, beeindruckt sind“, schreiben ein Wissenschaftler und der Generalsekretär einer Expertenkommission. Verbände äußern sich positiv dazu, dass die Konzeption der Nachhaltigkeit durch den Entwurf positiv weiterentwickelt worden ist – eine Einschätzung, die sich auch durch viele sonstige Stellungnahmen hindurchzieht. Als wichtig wird unter anderem genannt, dass das Ziel der dauerhaften Erhaltung der Lebensgrundlagen im Bericht als absolute Grenze genannt wird.

Doch es gibt auch etliche kritische Stimmen, weniger von den sich äussernden Verbänden als in kurzen Zuschriften von Einzelpersonen. „Nachhaltigkeitsbericht ist Armutsbild“, heißt es in einer Stellungnahme. „Dem Papier fehlt aus unserer Sicht vor allem eines: Praxisbezug“, bemängelt eine Firma. Andere bedauern, „dass der Fortschrittsbericht die Erwartungen an eine echte „Nachhaltigkeitsstrategie“ nicht einlöst, sondern in weiten Teilen eher wie ein Rechenschaftsbericht über die derzeitige Beschlusslage anmutet“. Eine Kommission fordert „eine einprägsame Dachaussage zur Nachhaltigkeit als Vision sowie Leitlinien für eine zukunftsfähige Entwicklung Deutschlands“. Auch wird vorgeschlagen, den Begriff „Nachhaltigkeit“ durch „Zukunftsfähigkeit“ zu ersetzen.

Aus einzelnen Zuschriften geht Misstrauen gegen die Politik und ihre Organe hervor. „Nachhaltig wäre es, wenn dieser Staat wieder ein Rechtsstaat würde, wo Bürger als Bürger gesehen werden, und nicht als zu überwachende Halbkriminelle“, schreibt zum Beispiel eine Bürgerin. Eine andere betont: „Ich kann jeden verstehen der auswandert und habe es selber nach wie vor vor“, und ein Dritter fordert ein Verbot von Aufsichtsratsposten und dergleichen „vor, während oder direkt nach der politischen Laufbahn“. Vorgebrachte Einzelvorschläge durch Privatpersonen sind schillernd und reichen bis zur Erhöhung des Mehrwertsteuer-Satzes für pornographische Druckwerke.

Mehr Information und Transparenz in der Politik allgemein ...

Mehrere Konsultationsteilnehmer kritisieren den Einfluss von Lobbyisten auf politische Entscheidungsprozesse. Vor allem im Bereich Energieversorgung würden Großunternehmen Innovationen behindern, um weiterhin mit „veralteten Technologien“ Geld verdienen zu können. Die Bevölkerung müsse sich besser darüber informieren können, wie stark die Interessen der Wirtschaft in Gesetzgebungsverfahren mit einfließen. Ein Bürger verlangt, Umweltverbänden die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. „Insbesondere die Maßnahmen von B.U.N.D. und Greenpeace sind oft nur ideologisch motiviert und von Sachkenntnis ungetrübt.“

... wie in der Nachhaltigkeitspolitik

Zum Teil wird das Bemühen der Bundesregierung ausdrücklich anerkannt, Organisationen und Einzelpersonen frühzeitig einzubinden und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Darüber hinausgehend fordern zahlreiche Partizipierende eine noch bessere, transparente Informationspolitik seitens der Bundesregierung und den Behörden. „Das Monitoring für den Nachhaltigkeitsbericht sollte zukünftig von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen durchgeführt werden.“ Eine Bürgerin plädiert für „eine objektiv erstellte Ökobilanz“, welche „in Zukunft eine nachhaltige Bewertung von geplanten Projekten an Stelle der monetären“ ermöglichen könnte. Alle Bundesbehörden sollten eigene Nachhaltigkeitsberichte veröffentlichen. Zusätzlich müsse die Politik

eine Vorbildfunktion haben, man brauche Leitbilder und Signale. Das Thema Nachhaltigkeit, die Hintergründe und Zusammenhänge sollten der Öffentlichkeit und der Wirtschaft gegenüber intensiver kommuniziert werden. Positive Nachrichten über verbuchbare Erfolge dürfen nicht zu kurz kommen. Es sei „mehr Werbung und auch mehr Aufklärung für jede Altersgruppe“ und alle Schichten der Bevölkerung gefragt. „Ein größerer Teil der Gesellschaft muss in die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie einbezogen [...] werden“, fordert eine Organisation. Es biete sich an, „die bewährten Multiplikatoren im Bereich Umweltbildung/Umweltpädagogik verstärkt anzusprechen und zu unterstützen.“ Die Bildung von Innovations-Netzwerken und Kompetenzzentren wäre zu fördern. „Der Bund könnte als Ausgangspunkt für Vernetzung von Kampagnen dienen, indem zum Beispiel ein bundesweites Online-Netzwerk „Nachhaltigkeit“ (entsprechend StudiVZ) aufgebaut wird.“ Nachhaltigkeitsberichte von Unternehmen, Verbänden und Institutionen könnten prämiert werden, das schaffe Anreize.

Mitsprachemöglichkeiten einräumen und nutzen

„Nachhaltige Entwicklung beruht auf Partizipation und Teilnahme“, schreibt eine Gruppe. Mehrfach wird die Forderung nach einem „größeren Mitspracherecht“ der Bevölkerung in Form von Bürgerentscheiden und Bürgerbeteiligungen erhoben. Die Kommunen müssten ebenfalls stärker mit eingebunden werden, sowohl in den politischen Entscheidungsprozess wie auch in die Umsetzung der Beschlüsse. Eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen sollte „endlich umgesetzt“ werden.

In vielen Stellungnahmen werden ethische Prinzipien als unentbehrliche Grundlagen für eine Nachhaltigkeitsstrategie nach vorne gebracht. Man brauche eine „Kulturrevolution“ und eine „Wertediskussion“, nur so wäre eine bessere, gerechtere Welt realisierbar. Anzustreben sei ein globaler sozialer Frieden. „Es ist unumgänglich, dass wir vom Konkurrenzkampf abrücken und uns für das Grundprinzip der Zusammenarbeit und des Teilens entscheiden“, schreibt eine Bürgerin. Christliche Werte könnten nach mancher Meinung eine wichtige Rolle spielen. Ein Einsender beklagt „eine immer stärker werdende gegenseitige Utilisierung menschlicher Beziehungen“ und fragt: „Wo steht [im Entwurf des Nachhaltigkeitsberichts] etwas über einen veränderten Umgang mit uns selbst? Besteht die Notwendigkeit zur Nachhaltigkeit nur im Schonen äußerer Ressourcen?“ In einem Schreiben wird für eine neue, menschengerechtere Arbeitskultur plädiert. Kinder müssten in unserer Gesellschaft eine wichtigere Rolle spielen, fordern einige Konsultationsbeteiligte. Allerdings stimmt nicht jeder einer ethisch orientierten Grundmeinung zu. „Rentabilität in den Vordergrund der Überlegungen stellen“, fordert ein Partizipant knapp. „Sprüche wie „der Weg ist das Ziel“ können wir uns nicht mehr leisten.“ Die gegenwärtige konsum- und wachstumsorientierte Wirtschaftsstruktur wird dagegen von diversen Partizipierenden in Frage gestellt. „Es werden künstlich Bedürfnisse geschaffen. Und das ist nicht nachhaltig.“ Zinsen auf Fremdkapital erzeugen „Wachstumswang“, und grenzenloses Wachstum sei ein Trugbild. Man müsse stattdessen eine „enkeltaugliche Entwicklung“ fördern.

Die Autoren einer Stellungnahme möchten zum Handeln ermutigen: „Auf der Suche nach Lösungen sollte die Größe der Probleme, vor denen wir stehen, nicht dazu führen, dass wir sehr große Schritte tun zu müssen glauben, aber dann vor lauter Überlegen gar keine gehen. Es kommt vielmehr auf die Geschwindigkeit der kleinen Schritte an, also die Taktfrequenz, mit der wir Lösungen finden und überprüfen. Das statische Suchen nach der schlussendlich richtigen Antwort verhindert häufig, dass der

richtige Weg beschritten wird, auf dem dann erst weitere Lösungsansätze gefunden werden“.

Institutionelle Basis stärken, mehr Verbindlichkeit

Etliche Stellungnahmen loben, dass das Thema Nachhaltigkeit im Bundeskanzleramt angesiedelt ist. Verbände bemängeln jedoch, dass zu wenig Personal zur Verfügung stehe und es kein eigenes Referat für Nachhaltigkeit gebe; diese Ansicht wird von Stellungnahmen aus dem parlamentarischen Bereich heraus unterstützt. Auch sollten die Ressorts – so eine von mehreren Konsultationsteilnehmern vertretene Ansicht – stärker aktiv werden.

Als positive Planung hervorgehoben wird in verschiedenen Stellungnahmen aus dem parlamentarischen Bereich, von Verbänden und von Sachverständigen die angekündigte Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung. Die im Bericht dargestellten Überlegungen für ein „Nachhaltigkeitsmanagement“ werden begrüßt.

Insgesamt mehr Verbindlichkeit wünschen sich verschiedene Konsultationsteilnehmer. „In Sachen Verbindlichkeit und Kontinuität besteht noch erheblicher Verbesserungsbedarf“, betont ein Gremium. Es steht mit dieser Auffassung nicht alleine. Eine mögliche Gegenmaßnahme: „Ähnlich wie in England müssen Ministerien und Institutionen bei völligem Scheitern von Kernprojekten sanktioniert werden können“. Strikte Erfolgskontrollen seien erforderlich.

3. Stellungnahmen zu den geplanten Schwerpunkthemen des Fortschrittsberichts 2008 (Kapitel C.)

I. Klima und Energie

Klimaschutz geht alle an. Zurzeit emittieren die Deutschen jährlich etwa 10,5 bis 12,5 Tonnen Treibhausgase pro Person, als langfristig tragbar werden von Experten zwei Tonnen pro Kopf und Jahr genannt. Dieser Wert – so eine Stellungnahme – sei als Ziel in die Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen. Eine frühzeitige technologische Anpassung der Energiewirtschaft könne Deutschland global erhebliche Wettbewerbsvorteile verschaffen. Eine Organisation spricht diesbezüglich von einer „neuen industriellen Revolution“. Die Senkung des Energieverbrauchs diene zudem der Versorgungssicherheit. „Peak Oil“, das Überschreiten der maximal möglichen Ölfördermenge, dürfe nach Meinung eines Gremiums kurz bevorstehen.

Die Implementierung einer globalen Strategie sei dringend erforderlich, „ein neues weltweites Klimaschutzabkommen bis zum Jahr 2009 sollte handlungsorientiert sein. [...] Für Kompromisse bleibt uns keine Zeit. [...] Mit Vertrauen auf die Technik allein erreichen wir die Ziele nicht“, lautet es in einem Schreiben. „Die Bereitschaft, einen individuellen Beitrag zu leisten, und die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung müssen gefördert werden.“ Ein Bürger stellt allerdings den Wandel des Weltklimas als Folge von menschenverursachten Emissionen von Treibhausgasen grundsätzlich in Frage und warnt davor, „unter dem Deckmantel einer heraufbeschw-

renen „Klimakatastrophe“ Maßnahmen zu ergreifen, die unserer Umwelt nicht nützen und volkswirtschaftlichen Schaden anrichten.“

Treibhausgasemissionen weiter reduzieren

Das Ziel einer Verringerung der bundesdeutschen Treibhausgas-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 (im Vergleich zu 1990) müsse unbedingt beibehalten werden, heißt es in mehreren Zuschriften. Der mögliche Bau von neuen Kohlekraftwerken stehe allerdings „in eklatantem Widerspruch dazu“. Klare Vorgaben würden auch die „kurz- und mittelfristig anstehenden Investitionsentscheidungen der Kraftwerksindustrie“ im Sinne der Nachhaltigkeit beeinflussen. Manche Einsender fordern deutlich drastischere CO₂-Reduktionsziele als die oben erwähnten, andere ein Bauverbot für Stein- und Braunkohle-Kraftwerke. Ein Verein plädiert jedoch ausdrücklich für die Fortsetzung der „Kohleverstromung“. Als heimische Energiequelle leiste sie einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Mittels des so genannten Clean-Coal-Konzepts lasse sich dieser Wirtschaftszweig umweltfreundlicher gestalten. Die Effizienz der bestehenden Stein- und Braunkohlekraftwerke könne in den kommenden Jahren deutlich gesteigert werden. Perspektivisch sei die Abscheidung des bei der Verbrennung anfallenden CO₂ und dessen unterirdische Lagerung, zum Beispiel in ausgedienten Öl- und Gasfeldern, technisch und wirtschaftlich möglich zu machen (CCS – Carbon Capture and Storage). Diese Technologie könnte ein zukünftiger Exportschlager sein. Die Errichtung von CCS-Demonstrationskraftwerken sollte gefördert und die gesetzlichen Regeln angepasst werden. Die Energiewirtschaft brauche „stabile Rahmenbedingungen für ihre Investitionen“.

„Ich lehne einen globalen Emissionshandel grundsätzlich ab, weil er nicht generationengerecht ist, sondern selbstgerecht gegenüber den Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Außerdem ist er nicht kontrollierbar“, kritisiert ein Bürger. Ein sinnvoller Emissionshandel könne seiner Meinung nach nur zwischen Staaten mit vergleichbaren Rahmenbedingungen erfolgen.

Für und Wider der Kernenergie

Die Debatte um die Nutzung der Kernenergie schlägt sich ebenfalls in der Konsultation zur Nachhaltigkeitsstrategie wieder. „Den Ausstieg aus der Atomkraft vorziehen“, fordert ein Einsender in knappen Worten. Doch die Meinungen zu diesem Thema sind geteilt, Strom aus Atom hat auch einige Befürworter. „Macht es Sinn, wenn um Deutschland herum Kernkraftwerke entstehen, wir den teuren Atomstrom importieren und dafür kernkraftfrei sind?“, fragt ein Bürger. „Strom darf nicht teuer sein“, meint ein anderer. „Er wirkt sonst als Wettbewerbsnachteil.“ Ein weiterer fordert direkt die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atommeiler, „soweit dies aus sicherheitstechnischen und betrieblichen Gründen sinnvoll und möglich ist“. Das Problem der Entsorgung nuklearen Abfalls sei europaweit zu lösen. Des Weiteren solle die deutsche Industrie „zur aktiven Beteiligung an der Entwicklung von KKW's der vierten Generation“ ermuntert und diesbezüglich auch finanziell unterstützt werden. Zwei Konsultationsbeteiligte meinen dagegen, dass deutlich mehr Finanzmittel in die Kernfusionsforschung zu stecken seien.

Klimaschutz und Energiewirtschaft bräuchten technische Neuerungen. In einigen Wirtschaftszweigen sei ein enormer Investitionsstau eingetreten, vor allem bei Immobilien. „Um ein wirksames Klima- und Energieprogramm zu finanzieren, sind pro Jahr etwa 20 Milliarden Euro notwendig“, heißt es in einer Stellungnahme. In der Forschung würden die Prioritäten vielfach falsch gesetzt. Zuviel Geld fließe in die Kernfusions- und Atomtechnologie, zu wenig in erneuerbare Energien. Vor allem in Bezug auf Energieeinsparung und die energetische Gebäudeoptimierung bleibe die Forschung „völlig unterbelichtet“. Auch in Bezug auf die Speicherung von Energie aus Solaranlagen herrsche dringender Forschungsbedarf.

Klimaschutzmaßnahmen verstärken

Mehrere Verbände fordern „ein Klimaschutzgesetz zur Umsetzung der Klimaziele in der Nachhaltigkeitsstrategie“. So sollte „ein verbindlicher Rahmen geschaffen werden, der die Bundesregierung zu einer jährlichen Verringerung der Treibhausgase um drei Prozent verpflichtet“. Über die Emissionsdaten wäre jährlich bis zum 31. März des Folgejahres zu berichten, um rechtzeitig eingreifen zu können, wenn die Zielvorgabe nicht erreicht würde. Eine Organisation verlangt „ein integriertes Wärmeversorgungsgesetz, das alle wärmerelevanten Komponenten des Energie- und Klimaprogramms umfasst“, und den Aufbau eines „Wärmeplanungssystems“, welches „die verschiedenen Optionen wie Gebäude- beziehungsweise Heizungssanierung, Fern- beziehungsweise Nahwärmeversorgung sowie den Einsatz erneuerbarer Energien im Hinblick auf volks- und einzelwirtschaftliche Kosten, Klimaschutz und Versorgungssicherheit optimiert“. Erforderlich sei „ein aufgerüstetes Meseberg“, schreibt eine andere Gruppe.

Potenziale zum Energiesparen nutzen

Zahlreiche Partizipierende verlangen verstärkte Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und des Energiesparens. Im Einzelnen handelt es sich dabei um:

- verbesserte Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und von Blockheizkraftwerken (auch gasbetriebene) und die Erleichterung der Genehmigung für die Verlegung von Nahwärmeleitungen. Der Anteil der KWK an der Stromproduktion sollte bis 2020 „auf mindestens 25 Prozent und dann weiter auf mindestens 40 Prozent 2030, und mindestens 50 Prozent 2040 erhöht werden“, schreibt eine Organisation. Ein Bürger fordert explizit den Ausbau der KWK bei existierenden Kraftwerken, die mittels fossiler Brennstoffe betrieben werden, „eventuell mittels Satzungsrecht durch Anschluss- und Benutzer-Zwang. Voraussetzung ist, dass die Heizkosten auf der Basis vergleichbarer Preise sinken“. Solche Formen der KWK könnten auch für industrielle Prozesse genutzt werden.
- Tempolimit auf Autobahnen (120 Kilometer pro Stunde)
- Besteuerung von Kraftfahrzeugen nach deren CO₂-Ausstoß beziehungsweise Treibstoffverbrauch und die Besteuerung von Treibhausgas-Emissionen allgemein. Auch eine „Kohlenstoff-Quellensteuer“ wird vorgeschlagen.
- Kerosinsteuer und keine weitere Förderung des Flugverkehrs
- erhöhte LKW-Maut
- Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schienen
- Förderung öffentlicher Verkehrsmittel
- vollständige Versteigerung der Emissionsrechte im Energiesektor

- höhere Energiestandards für Gebäude und eine Verschärfung der Energiesparverordnung
- intensivere staatliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, auch von Einzelmaßnahmen. Zwei Partizipierende befürchten, dass der zurzeit populäre Einsatz von Wärmedämmverbundsystemen zu Gesundheitsschäden für die Bewohnerinnen und Bewohner führen wird. „Im Moment werden flächendeckend Gebäude zu wahren Paradiesen für krankmachende Schimmelpilze aufgerüstet.“ Zudem müssten Recycling und Umweltverträglichkeit von solchen Dämmsystemen gewährleistet sein.
- verstärkter Einsatz von Methoden zur Gewinnung erneuerbarer Energien im Gebäudebereich
- breite Einführung des Energiespar-Contracting
- mehr Niedrigenergie-, Passiv- (ohne externer Zufuhr von Heizenergie) und Plusenergiehäuser
- Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe (Reduzierung des Energieverbrauchs im Transport)
- keine Verwendung von Elektrizität zur Wärmeerzeugung (Stromheizung, elektrischer Herd)
- Abschaffung von Standby-Schaltungen an Elektrogeräten. Eine Einsenderin befürwortet eine „Anschubfinanzierung für sparsame Geräte (zum Beispiel gezielt für bedürftige Haushalte)“; Einsatz von energiesparenden Ringkerntransformatoren in der Elektrotechnik.
- Abschaltung von Lichtwerbung, Schaufensterbeleuchtung und Strahlern an öffentlichen Gebäuden, zumindest während eines Teils der Nacht; Verringerung der Straßenbeleuchtung und Einsatz von Bewegungsmeldern
- Verbot von Glühbirnen und ihre Ersetzung durch Energiesparlampen
- Verbot von Nachtspeicherheizungen
- Einsatz von Hocheffizienzpumpen in allen Heizungsanlagen
- Entwicklung von Stromsparverordnungen
- flächendeckend gestaffelte Stromtarife: „Es wird ein eher geringer Preis für einen bestimmten Grund-Strombezug pro Person/Familie festgesetzt. Die Menge, die darüber hinaus verbraucht wird, hat einen wesentlich höheren Tarif“
- nach Tageszeit wechselnde Stromtarife mit höheren Preisen zu Spitzenlast-Zeiten
- Umlage der Fixkosten für Strom und Gas auf die Verbrauchskosten als Anreiz zum Energiesparen
- mehr Aufklärung über die Möglichkeiten zum Energiesparen, zum Beispiel durch abonnierbare Newsletter für die Bevölkerung
- Klimaanlage mit einer eingebauten Sperre bei zum Beispiel minimal 24 Grad Celsius „Im Sommer in kalten Büros eine Jacke tragen zu müssen, um sich nicht zu erkälten, ist verrückt und kostet zudem enorm viel Strom“, kritisiert eine Frau.
- verstärkte Nutzung von „Innovationen aus der Nanotechnologie“ mit energiesparender Wirkung
- Erschließung vorhandener Energieeinsparpotentiale und die Verbreitung energieeffizienter Produktionstechnologie in der Industrie, auch zugunsten des Profits: „Das Geld liegt in der Fabrikhalle, aber niemand hebt es auf“, betont eine Stellungnahme. Unternehmen fehle es an Information über die technischen Möglichkeiten und die zur Verfügung stehenden Fördermittel. Hier sei unter anderem durch Energieeffizienzberatung Abhilfe zu schaffen. Ein „Zukunftsfonds“ könnte Investi-

onshilfe zur Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen in Betrieben und Privathaushalten bieten.

„Klimaschutz kostet die Verbraucher mehr als notwendig“, meint ein Verband. „Mit Blick darauf sollten die Maßnahmen für den Wärmemarkt und den Verkehrssektor überarbeitet werden.“

Biomasse bedingt nutzen

„Perspektivisch“, so eine Bürgerin, „können und müssen erneuerbare Energien den gesamten Energiebedarf decken“. Man müsse „heute und jetzt dezentrale Strukturen zur Nutzung der Sonnenenergie und der Biomasse aufbauen“ und „das bisherige Verteilungsnetz der Energiemonopole ablösen“. Ein Einsender verlangt die Abschaffung des Liefermonopols der Energieversorgungsunternehmen. Jeder, der günstig Strom produzieren könne, solle diese „an den Nachbarn“ verkaufen dürfen. Der Ruf nach Verstaatlichung der Stromnetze wird ebenfalls erhoben. Eine Organisation fordert die Erhöhung der Anteile erneuerbarer Energien auf 40 Prozent bei Strom, circa 30 Prozent bei Wärme und 20 Prozent im Verkehrsbereich, allerdings ohne zeitliche Vorgabe.

Der Einsatz von Agrokraftstoffen wird in vielen Stellungnahmen abgelehnt, ebenso die Beimischungspflicht (siehe auch Kapitel D. I.). Sie verursachen zu viele ökologische Probleme, konkurrieren zu stark mit der Nahrungsmittelproduktion und seien zudem nur bei Kraft-Wärme-Kopplung richtig effizient. Manch einer fordert sogar ein Importverbot solcher Energieträger. „Für den Anbau von Energiepflanzen wird zudem viel Energie und Wasser gebraucht. Und Wasser ist kostbarer als Erdöl, das den Agrosprit ersetzen soll“, schreibt ein Konsultationsteilnehmer. Sinnvoll dürfte allerdings die verstärkte Förderung der Verwendung von „Rückständen aus der Land- und Forstwirtschaft sowie die Erzeugung von Biogas aus der Vergasung fester Biomasse (kommunale Reststoffe wie Gülle oder Abfälle aus der Biotonne)“ sein, heißt es in einer Stellungnahme. Ein Verband tritt dagegen ausdrücklich für den Anbau von Energiepflanzen ein und befürwortet die weitere Entwicklung von pflanzenbasierten Kraftstoffkonzepten als Basis für nachhaltiges Wirtschaften.

Wasserstoff – Energiequelle der Zukunft

Wasserstoff biete ein großes Potential für eine globalisierte nachhaltige Energiewirtschaft. „Bereits heute ist es technisch und subventionsfrei möglich, im Ausland aus neuen Quellen regenerativ erzeugten Wasserstoff in großem Maßstab günstiger an die Staatsgrenze zu bringen als fossiles Erdgas“, behauptet ein Partizipant. Andere plädieren für den „Aufbau einer Sonne-Wasserstoff-Infrastruktur“ oder einer „Bio-Wasserstoffwirtschaft“. „Das „Verschlafen“ dieser zukunftssträchtigen Technologie und ein Festhalten an veralteter Infrastruktur [in der Energiewirtschaft] kostet uns Milliarden in den kommenden Jahren“. Man müsse diese „dritte industrielle Revolution“ schnellstens einleiten. Wasserstoff, so ein Einsender, lasse sich gut aus Biomasse gewinnen. „Wasserstoff ist Bestandteil von Synthesegas“. Er sei mit einem „modernen Holzvergaser, einem so genannten Steamreaktor mit Wirbelschicht-Befuerung kostengünstig herzustellen. [...] Für das Verfahren ist jede Form von Kohlenwasserstoff

geeignet, also auch Abfälle, Biotonne, Altkunststoffe et cetera“ So könne Wasserstoff dezentral erzeugt und gleich eingesetzt werden. Ein anderer Bürger schlägt vor, Chinaschilf auf innerstädtischen Brachflächen anzubauen und es nach der oben genannten Methode zur Wasserstoff-Herstellung zu benutzen. Aus organischen Abfällen könne man auch effizient „SunDiesel“ herstellen, schreibt ein Dritter, und altes Frittierfett könnte gefiltert als Kraftstoff dienen. Ein Verband fordert eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, um tierische Fette und Abfallprodukte umfangreicher zur Energieerzeugung nutzen zu dürfen.

Regenerative Energien weiter ausbauen

In einer Reihe von Einsendungen werden Ideen aufgeführt, um neue Quellen erneuerbarer Energien zu erschließen beziehungsweise diese effektiver zu nutzen:

- Nutzung der Wellenenergie auf See
- verstärkte Nutzung der Geothermie
- „Extensive Nutzung der vorhandenen, mit der heutigen Technik nicht nutzbaren Wasserkraftpotentiale“
- Erforschung der Möglichkeiten zur Verwendung von Wärmetauschern, zum Beispiel im Sommer auf dem Dachboden
- Nach Ansicht einer Einsenderin müsste ein positives Image von Photovoltaikanlagen verbreitet werden, das würde ihre Verbreitung unterstützen. Eine andere fordert eine Solar-Warmwasseraufbereitungsanlage „auf jedem Dach“.
- Einsatz kleiner Windräder auf Gebäuden. Solche könnten „für Neubauten genauso vorgeschrieben sein wie ausreichende Parkplätze“, schreibt eine Familie. Ein Konsultationsteilnehmer hat sogar ein Konstruktionskonzept für eine solche „Mini-Windkraftanlage“ mit einer Nennleistung von 50 Kilowatt eingereicht.
- mehr private Investitionen in erneuerbare Energien („grüne Fonds“)
- optimale Ausnutzung aller Faultürme von Kläranlagen zur Biogas-Produktion
- Auf städtischen Mülldeponien werden Grünabfälle kompostiert. Ob man daraus nicht Biogas oder Ethanol gewinnen könne, fragt ein Konsultationsteilnehmer.
- bessere Koordination bei der Umsetzung des Erneuerbaren Energien Gesetzes in Bezug auf Standorte, Verfügbarkeit der Energiequellen und Kapazitätsvernetzung. Ein Konsultationsteilnehmer schlägt eine „bundesweite Bilanzierung der Potentiale für erneuerbare Energien“ vor.
- mehr Windparks und der Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken „auch in Norddeutschland“ zur Speicherung größerer Energiemengen aus Windkraft
- Man brauche einen massiven Ausbau der Photovoltaik in sonnenreichen Gegenden, ist einer Stellungnahme zu entnehmen. „Ein Prozent der Sahara reicht aus, um die ganze Welt zu versorgen. Über Hochspannungsgleichstromleitungen könnte der Strom aus Afrika nach Europa gebracht werden.“

Ein Verband fordert eine vermehrte Aufforstung zwecks CO₂-Bindung und zur Erzeugung nachwachsender Brennstoffe, die „Mobilisierung von Energieholz“ und entsprechende Fördermittel sowie die Anerkennung der Kohlenstoff-Speicherung in Holzprodukten (zum Beispiel in Gebäuden verbautes Holz) analog zur Speicherung im Wald gemäß Kyoto-Protokoll. In weiteren Stellungnahmen wird ebenfalls auf den Aspekt je

mehr pflanzliche beziehungsweise organische Biomasse, desto mehr gespeichertes CO₂, hingewiesen.

Landwirtschaft in Klimaschutz einbeziehen

Die Erzeugung von Lebensmitteln setze ebenfalls klimaschädliche Gase frei, nicht nur CO₂, sondern vor allem auch Methan. Die Ernährungs- und Agrarbranchen seien deshalb besser in die Klimaschutzpolitik einzubeziehen. Verbraucher sollten mittels Kennzeichnungssystemen über die „Klimabilanz von Lebensmitteln“ informiert werden. In zwei Stellungnahmen wird die „pauschale Beurteilung des ökologischen Landbaus als per se nachhaltig“ kritisiert. Er sei nicht grundsätzlich Klima schonender, seine Energieeffizienz meist geringer als die der konventionellen Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Subventionen seien nach Klimakriterien auszurichten, fordert ein Bürger. Mehrere Konsultationsteilnehmer weisen auf die hohen CO₂- und Methan-Emissionen aus der Viehwirtschaft hin (siehe auch Kapitel D. II.) Sie tragen erheblich zur Erwärmung der Erdatmosphäre bei. Senkung beziehungsweise Abschaffung des Fleischkonsums könne somit zum Schutz des Klimas beitragen. Eine Kommission plädiert für die „Initiierung von Forschungsprojekten“, welche zum Ziel haben, Tier- und Pflanzensorten zu züchten, die an veränderten klimatischen Bedingungen angepasst sind.

In einigen Schreiben wird auf Möglichkeiten hingewiesen, die Auswirkungen des Klimawandels via landschaftsgestalterischer Maßnahmen zu mildern. Niederschläge müssten dezentral „in der Fläche“ zurückgehalten werden. So ließe sich der „kleine Wasserkreislauf“ stärken, verdunstender Pflanzenbewuchs könnte besser seine kühlende Wirkung entfalten, und gleichzeitig wäre der Hochwasserschutz verbessert. Die Flächenversiegelung sei deshalb zu verringern, die Anpflanzung „standortgerechter Vegetation“ zu fördern. Ein Einsender schlägt zudem vor, die Behörden kostenlos Pflanzen und Bäume an die Bürgerinnen und Bürger verteilen zu lassen, damit diese sie in ihren Gärten pflanzen und so zur Verbesserung des Klimas beitragen.

II. Schritte zu einer nachhaltigen Rohstoffwirtschaft

Der Verbrauch endlicher Rohstoffe steigt weltweit und zwingt zum Umdenken. Aus der Sicht vieler Konsultationsteilnehmer muss eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft vor allem eine sparsame sein. Preispolitik und Steuermaßnahmen sollten den Verbrauch in dementsprechende Bahnen lenken. „Es braucht eine Doppelstrategie, die einerseits durch die Internalisierung externer Kosten direkten Einfluss auf die Rohstoffkosten nimmt, und andererseits im Sinne einer Produktverantwortung bei der Produktion von Waren ökonomische Anreize zur Ressourceneinsparung, zur Wiederverwendbarkeit und zur Langlebigkeit setzt“, schreibt ein Gremium. Die Bürgerinnen und Bürger sollten umfassender über ihren konsumbedingten Verbrauch und den dadurch verursachten „ökologischen Fußabdruck“ beziehungsweise ihren „ökologischen Rucksack“ aufgeklärt werden. Eine Kommission weist auf die Notwendigkeit einer „getrennten Betrachtung von Materialeffizienz im Gegensatz zur Energieeffizienz hin“. Sie sei wichtig, um die Ressourceneffizienz adäquat messen zu können. Die Erreichbarkeit des Ziels der Verdopplung der Rohstoffproduktivität wird in Frage gestellt. Es fehle der Nachhaltigkeitsstrategie noch an konkreten Maßnahmen.

Rohstoffe effizienter nutzen

Die „Rohstoffpolitik“ sei an dem Ziel auszurichten, „Konsumbedürfnisse mit verminder-tem Rohstoffeinsatz und mit weniger problematischen Rohstoffen zu befriedigen“, fordert ein Verband. Eine andere Organisation sieht die Notwendigkeit zum Aufbau einer „globalen Datenbasis“ der Rohstoff-Vorräte, um diesbezüglich „klare Leitbilder und Ziele“ für nachhaltiges Wirtschaften ins Auge zu fassen. Materialflüsse, Produktivität und Energie-Input müssen objektiv erfasst und die Zahlen als Basis für politische Entscheidungen dienen. „Deshalb sehen wir die Einbindung der UGR [Umweltökonomischen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes] in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie als unbedingt notwendig an.“ Die „Erschließung neuer Rohstoff-Lagerstätten“ müsse grundsätzlich vermieden werden. Zu hoch seien die ökologischen Schäden, unter anderem durch die Zerstörung von Lebensräumen und die Freisetzung von Umweltgiften. Steinkohle, so ein Einsender, dürfe man nicht länger zu Energieerzeugung verbrennen. Dafür wäre sie, aufgrund ihres Wertes als Rohstoff zum Beispiel für die chemische Industrie, zu schade.

Neue Materialien erforschen und nutzen

Der Einsatz von bio- und nanotechnologischen Verfahren wird mehrfach kritisch angesprochen. Es gebe „bisher so gut wie keine fundierten Untersuchungen, die [umweltrelevante] Entlastungseffekte belegen“. Mögliche Risiken für Mensch, Natur und Umwelt müssten „entsprechend dem Vorsorgeansatz“ rechtzeitig erfasst werden. „Grüne“ Gentechnik zur Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion müsse „im Fortschrittsbericht ausgeschlossen werden“, heißt es in einer Stellungnahme. Eine nachhaltige Nutzung nachwachsender Rohstoffe („NaWaRo“ beziehungsweise NWR) unterliege „ökologischen Grenzen“. Sie dürfe zum Beispiel nicht auf Kosten der Artenvielfalt oder der Nahrungsmittelproduktion gehen. Andere Konsultationsteilnehmer befürworteten den verstärkten Einsatz von NaWaRo ausdrücklich. Ihr zunehmender Einsatz, auch in Kombination mit Kunststoffen, erfordere „intensive Forschung und Entwicklung [...] mit nachhaltiger Förderung und Netzwerkbildung“, so eine Organisation. Ihrer Meinung nach trage die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen auch zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum bei, weil so „unsere Abhängigkeit vom Erdöl durch die teilweise Material-Substitution von erdölbasierten Kunststoffen“ vermindert werde. „Grundlage der NWR sollen einheimische Pflanzen sein.“ „Die Nutzung von Industrieabfällen (zum Beispiel Nuss -oder Kakaoschalen, Biertrester et cetera) sollte [...] einen Schwerpunkt der zukünftigen Untersuchungen darstellen“, fordert eine Bürgerin.

Rohstoffkreisläufe ausbauen

In diversen Schreiben werden mögliche Instrumente einer nachhaltigen Rohstoffwirtschaft genannt: Die Einführung von Mehrwegsystemen in möglichst vielen Wirtschaftsbranchen; Förderung des Ökodesigns; längere Lebensdauer von Produkten; Leichtbauweisen; innovative Produktionstechnologie und dadurch bedingte, höhere „Materialeffizienz“; Abfallberatung für Privathaushalte und Gewerbebetriebe sowie die „stoffliche Verwertung“ von recyclingfähigem Müll („Sekundärrohstoffe“) statt Verbrennung oder gar Export in Drittländer. Es müssen „Ziele für den prozentualen Einsatz von Sekundärrohstoffen festgelegt werden“. „In Zeiten schwindender Ressourcen sind

Abfälle nichts als fehlgeleitete Stoffströme, die nach Möglichkeit einer weiteren Nutzung zugeführt werden sollen“, schreibt eine Konsultationsteilnehmerin. In einem anderem Brief werden besonders die geringen Sammel- und Verwertungsquoten von Elektrogeräten kritisiert: „Die dringend notwendige Erfassung von Elektrokleingeräten ist nach wie vor völlig unzureichend. Dadurch gehen eine Reihe von wertvollen Ressourcen verloren. Die Zielvorgaben zur ökologischen Produktgestaltung aus dem ElektroG [Elektro- und Elektronikgerätegesetz] (unter anderem keine Behinderung der Wiederverwendung beziehungsweise des Recyclings) werden nicht durchgesetzt“.

Holz sollte als Material wieder eine größere Rolle spielen, vor allem in der Bauwirtschaft. Die Papier-Recyclingquote müsse steigen, fordern mehrere Einsender. Papierverschwendung sei stärker zu bekämpfen, gegebenenfalls durch die Besteuerung des Verbrauchs von Papier aus Frischholz. Phosphor, wichtiger und knapper Rohstoff für die Herstellung von Düngemitteln, müsse effizienter und sparsamer verwendet werden. Eine kostengünstige Rückgewinnung in Kläranlagen wäre wünschenswert.

III. Demografischer Wandel – Chancen für stärkeren sozialen Zusammenhalt

Die Deutschen werden weniger. Und älter. Diese Entwicklung wird unsere Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten stark prägen. Was tun? Welche Aufgaben gibt es zu bewältigen, und welche Perspektiven gehen aus dem Trend hervor? Ein Einsender bezeichnet den demografischen Wandel als „Katastrophe“ und klagt die Politik an: „Ursache ist hauptsächlich eine politisch gewollte Umwertung von Werten, der die Bedeutung der Mutter, der Familie und damit des Nachwuchses zum Opfer gefallen ist. [...] Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass ausländische Mitbürger die Nachwuchsprobleme der Einheimischen lösen.“ Ein anderer Bürger verurteilt Abtreibungen.

Familienpolitik anpassen

„Das Wichtigste in der Gesellschaft ist es, die Familien zu unterstützen. Viele soziale Probleme können durch funktionierende Familien abgefedert werden“, meint eine Bürgerin. Gemeint sind zum Beispiel Kinderbetreuung oder die Pflege kranker Angehöriger. Von einem konkreten Selbsthilfe-Beispiel berichtet ein Ehepaar: „Wir bauen mit Freunden zurzeit an einer Weggemeinschaft im Alter, in der etwa zehn in Nachbarschaft lebende Menschen sich gegenseitig und solidarisch das Verbleiben in ihrem angestammten Wohnumfeld bis zum Tode ermöglichen wollen“. Die Politik solle solche Initiativen unterstützen. Altenwohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser werden ebenfalls empfohlen. Ein Gremium lobt Eltern beziehungsweise Elternteile, die ihrer Kinder wegen zu Hause bleiben, sie leisten „einen wichtigen Beitrag zur Stabilität unserer Gesellschaft und zur demografischen Entwicklung. Beide Lebensentwürfe von Eltern, also derjenigen, die ihre Kinder einer Krippe anvertrauen und derjenigen, die ihre Kinder selbst erziehen, verdienen Respekt und Anerkennung und damit auch staatliche Förderung“. Steuererleichterungen müssten Bestandteil einer nachhaltigen Familienpolitik sein, fordern einige Einsender.

Der Geburtenrückgang trägt in Teilen Deutschlands zu einer spürbaren Verringerung der Bevölkerungsdichte bei. Eine Organisation verlangt deshalb die Anpassung der Infrastruktur und regionale Förderprogramme. „Klassenübergreifender Unterricht“ – früher bekannt unter dem Namen Zwergschule – biete Perspektiven für die verblei-

benden Familien. Der demografische Wandel erfordere „Experimentierfreudigkeit sowie neue Formen des menschlichen Zusammenlebens“ wie zum Beispiel „Formen der kommunitären Subsistenzwirtschaft“. Ihnen seien „die nötigen Freiräume“ einzuräumen.

Zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts schlägt eine Gruppe „ein verpflichtendes soziales Jahr für alle“ vor. „Das trägt zur persönlichen Entwicklung bei und fördert die Akzeptanz gegenüber Benachteiligten.“

Erfahrungen Älterer nutzen

Die Fähigkeiten älterer Bürgerinnen und Bürger bieten der Gesellschaft zahlreiche Chancen, wie in mehreren Stellungnahmen betont wird. Senioren könnten zum Beispiel Kinder und Jugendliche betreuen und begleiten. Ihnen mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung zur Seite stehen oder Familien unterstützen. Ehrenamtliches Engagement müsse somit mehr gefördert werden, nicht nur finanziell, durch höhere Aufwandsentschädigungen und weitere Zuschüsse, sondern auch mittels Fortbildungen und professioneller Begleitung. Dies verlangen mehrere Partizipierende. „In Bezug auf ehrenamtliches Engagement im Umweltbereich sollte der Trend gestoppt werden, Ehrenamtliche als Ersatz für staatliche Leistungen einzuplanen“, fordert ein Bündnis. Die Bürgerbeteiligung, zum Beispiel in der Landschaftsplanung, sei zu verbessern. Als zukunftsweisende Einrichtungen werden die so genannten Seniorenbüros vorgestellt. Bundesweit gibt es bereits mehr als 250 solcher Vermittlungsstellen. Sie bieten Senioren Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement und helfen so „eine aktive Politik nicht für, sondern mit älteren Menschen“ zu gestalten. Wer will, soll länger arbeiten dürfen, statt mit 65/67 in Rente zu gehen. Sinnvoll sei auch eine verstärkte „Förderung der Gesundheit der Beschäftigten zum Erhalt einer langfristigen Beschäftigungsfähigkeit“.

Als „widersinnig“ kritisiert ein Konsultationsteilnehmer die gegenwärtige Anforderung, wonach zum Beispiel Arbeitslose zuerst ihre private Altersvorsorge in Form von Kapitallebensversicherungen und dergleichen aufbrauchen müssen, bevor sie zum Bezug von Sozialleistungen berechtigt sind. So fördere man praktisch die Altersarmut, und „es ist unumstritten, dass die notwendigen Kosten bei Renteneintritt bedingt durch vermehrte medizinische Betreuung oder gar Pflege weit höher liegen als der allgemeine Regelsatz für Hartz-IV-Bezieher. Bestenfalls werden Probleme verschoben, aber nicht gelöst. [...] Private Altersvorsorgemaßnahmen, welche in guter Absicht zweckbestimmt getroffen wurden, sollten geschützt werden“.

Einigen Stellungnahmen heben eine solide Finanzpolitik als wichtige Basis für eine nachhaltige Gesellschaft hervor. „Der Abbau der Schuldenlast sollte oberste Priorität haben“, schreibt ein Bürger. „Je höher die Schulden, umso größer wird die Ungerechtigkeit zwischen den Generationen.“ Ein anderer fordert diesbezüglich „eine Obergrenze des Staatshaushalts zum Beispiel ein bis zwei Prozent unterhalb der Staatseinnahmen“.

4. Stellungnahmen zu Nachhaltigkeit in weiteren Politikfeldern (Kapitel D.)

I. Nachhaltiger Verkehr

Mobilität ist für unsere Gesellschaft ein hohes Gut, und in ökologischer Hinsicht ein problematisches zugleich. In puncto Verkehr wird die bisherige Nachhaltigkeitsstrategie von den meisten Konsultationsteilnehmern, die sich zu der Thematik äußern, als mangelhaft kritisiert. Es fehle „ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept“, betont eine Organisation ausdrücklich. Eine andere Interessengemeinschaft fordert das strikte Festhalten an den existierenden Verkehrs-Zielwerten der Nachhaltigkeitsstrategie, eine dritte Gruppe begrüßt den im März 2008 vorgelegten „Masterplan Güterverkehr“. Dieser sei „so schnell wie möglich zu verabschieden“.

Über CO₂-Ausstoß der Verkehrsmittel informieren

Eine Bürgerin äußerte einen besonders praxisbezogenen Vorschlag, um das allgemeine Bewusstsein für nachhaltigen Verkehr zu fördern: „Um die Reisenden sensibler für die Umweltbelastung zu machen, könnte man den CO₂-Ausstoß deutlich kennzeichnen. Auf dem Flugticket könnte groß und deutlich stehen, dass der Flug in die Türkei 1.300 Kilogramm CO₂ freisetzt. Auch auf der Tankrechnung könnte man durch die Errechnung von Mittelwerten den circa CO₂-Ausstoß für diese Tankmenge groß und fix und fertig ausgerechnet draufschreiben. Zum Vergleich sollte das aber auch auf den Bahntickets stehen, dann sehen die Reisenden den Unterschied.“

Sparsamere Autos produzieren und fahren

Nachhaltigkeit im Straßenverkehr erfordere in erster Linie effizientere und somit sparsamere PKW. Deutsche Autohersteller ignorieren diese Notwendigkeit jedoch weitgehend, lautet ein häufiger Vorwurf. „Ein Lackmus-Test für die Ernsthaftigkeit der Bundesregierung ist die Förderung einer neuen technologischen und „grünen“ Revolution der Autoherstellung in Deutschland“, schreibt ein Gremium. Man brauche die Einführung einer gesetzlichen Norm zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes von Neuwagen auf 120 Gramm pro gefahrenen Kilometer bis 2012. Die Bundesregierung dürfe diesbezüglich „auf Europa-Ebene nicht als Bremser“ auftreten. Bis 2020 wäre sogar 80 Gramm pro Kilometer als Limit zu verordnen. „Ambitionierte Grenzwerte wirken hier wie ein Innovationsprogramm, das die Zukunftsfähigkeit europäischer Hersteller maßgeblich bestimmt.“ Dasselbe gelte für alternative Kraftstoffe und Antriebe. Hier wäre vor allem die Wasserstoff-Technologie vielversprechend, ihre Weiterentwicklung sei stärker zu fördern.

Die Politik könnte bereits jetzt „mit gutem Beispiel voran gehen: Sprit sparende Mittelklassewagen statt schwerer Staatskarossen“. Die Einführung einer einheitlichen Kraftstoff-Verbrauchskennzeichnung für PKW in Form eines „Klimapasses“ mit Effizienzklassen wäre sinnvoll. Dies würde Bürgerinnen und Bürgern den Kauf von umweltfreundlicheren Autos erleichtern. In diesem Sinne werden unter anderem mehr Elektromobile gefordert, „mit oder ohne Brennstoffzelle, damit der Deutsche sein liebstes Kind auch nachhaltig betreiben kann“. „Mit einer Reichweite von etwa 100 Kilome-

ter und einer Endgeschwindigkeit bis 100 Kilometer pro Stunde wäre es [das Elektroauto] ein ideales Transportmittel in der Stadt oder in der näheren Umgebung“, so eine Stimme.

Beim Bau neuer Fahrzeuge sollte die Verwendung innovativer Werkstoffe, unter anderem so genannter Compounds aus erdölbasierten Kunststoffen und nachwachsenden Rohstoffen, weiter entwickelt werden. „Aus dem Leichtbaupotenzial ergeben sich Einsparungen von Kraftstoff und damit eine Reduzierung von Treibhausgasen.“ Auch Klimaanlageanlagen in Fahrzeugen verbrauchen zu viel Energie, stattdessen sollte man durch „andere Materialien verhindern, dass die Kisten in der Sonne zu Glutöfen werden“. Weitere technische Fortschritte seien zudem unabdingbar, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Unfallzahlen zu senken.

Kfz-Besteuerung verändern

Mehrere Konsultationsteilnehmer verlangen die „Abschaffung des Steuerprivilegs für Sprit schluckende Dienstwagen“. Generell wird eine Besteuerung von Autos nach deren Schadstoff-Emissionen gefordert. Zwei Teilnehmerinnen schlagen vor, die Kfz-Steuer abzuschaffen und auf die Kraftstoffsteuer umzulegen. „Überspitzt gesagt: Warum soll jemand Steuern auf sein Auto zahlen, wenn es nur in der Garage steht und die Umwelt nicht belastet?“ Zwei weitere Einsender stellen den ökologischen Sinn von Steuermaßnahmen aus einer anderen Perspektive in Frage. „Ist es wirklich nachhaltig, alte Kfz immer teurer in der Unterhaltung zu machen, nur damit die Leute ihre Autos abstoßen und sich neue Autos kaufen?“ Die Herstellung von PKW verschlinge schließlich auch große Mengen Energie und Ressourcen. „Ist es im Rahmen der Gesamtenergiebilanz eines Autos nicht besser, man fährt es länger, auch wenn der CO₂-Ausstoß ein bisschen höher ist?“ Eine Organisation möchte historische Fahrzeuge als „technische Kulturgüter“ anerkannt sehen und schlägt die Förderung ihrer Erhaltung vor.

Verkehrsüberwachung modernisieren

Die Forderung nach einem generellen Tempolimit von 120 Kilometer pro Stunde auf Deutschlands Autobahnen wird mehrfach erhoben. Manch einer verlangt zusätzliche Maßnahmen zur Einhaltung der Verkehrsregeln: Videoüberwachung von Kreuzungen; konsequente Kontrolle von Park- und Halteverboten und dementsprechende Bestrafung von Parksündern; Überwachung von LKW-Geschwindigkeiten anhand von Daten des Maut-erhebungs-Systems; Erzwingung der Einhaltung von Höchstgeschwindigkeiten durch den Einbau signalgesteuerter „Tempomaten“. Ampelanlagen könnten mittels Sensoren und besserer Programmierung von „grünen Wellen“ Leerlauf-Standzeiten verringern und so dazu beitragen, Treibstoff-Verbrauch und Emissionen zu senken. In Ballungsräumen wäre eine Verkehrslenkung aus der Luft durch den Einsatz von Zeppelein denkbar. „Hindernisse am Fahrbahnrand“ müssten beseitigt werden.

Biokraftstoffe richtig nutzen

Der Einsatz von Biokraftstoffen wird in diversen Stellungnahmen abgelehnt (siehe auch Kapitel C. I.). Ihre Nutzung sei grundsätzlich nicht nachhaltig, weil der Anbau von

„Energiepflanzen“ in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stattfinden würde und die Anlage von Plantagen weltweit die Zerstörung von Lebensräumen vorantreibe. Einige dieser Treibstoffe hätten in Bezug auf ihren gesamten Erzeugungs-Prozess sogar eine negative CO₂-Bilanz. Sie sollten vom Markt verschwinden. Die so genannte Beimischpflicht sei zurückzunehmen. Eine Organisation fordert jedoch eine „Steuerbefreiung für Biokraftstoffe, die regionale Wirtschaftskreisläufe befördert und sich auf bereits landwirtschaftlich genutzte Flächen konzentriert sowie Arbeitsplätze schafft“. Ein Beteiligter empfiehlt die Verwendung von altem, gefiltertem Frittier-Öl als Treibstoff. „Es ist machbar mit fast allen Diesel-Fahrzeugen.“

Ökologische Probleme verursache der Straßenverkehr nicht nur in Bezug auf den Klimawandel, auch das altbekannte Problem der Luftverschmutzung durch zum Beispiel Stickstoff-Oxide oder Feinstaub sei noch nicht ausreichend gelöst. Deshalb brauche man neue Motor- und Filtertechnologien sowie bessere Methoden zur Messung der Luftqualität und zur Bewertung von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen.

Verkehrsvermeidung hat Priorität

Natürlich könne man auch mal öfter das Auto stehen lassen, aufs Rad steigen (die Politik sollte den „Masterplan Fahrrad“ umsetzen), zu Fuß gehen oder Fahrgemeinschaften bilden. Allgemeine Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung sollten Raumordnungsverfahren, Stadt- und Siedlungsplanung mit einschließen („Stadt der kurzen Wege“, menschengerechte statt autogerechte Städte). „Schluss mit den Einkaufszentren auf der grünen Wiese“, bringt eine Bürgerin ihre Position auf den Punkt. Denkbar wäre die Verabschiedung eines speziellen „Verkehrsvermeidungsgesetzes“. In diesem Sinne verlangen einige Bürger, die Pendlerpauschale deutlich abzusenken oder komplett abzuschaffen. Es dürfte ebenfalls sinnvoll sein, „wenn das Ausweisen von Siedlungs- und Baugebieten daran gekoppelt würde, dass die Kommunen ein Konzept vorlegen, wie die entstehenden Pendlerströme mit öffentlichen Verkehrsmitteln CO₂-sparend an ihre Arbeitsplätze gelangen. Dazu gehört dann der Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen sowie ein ausreichendes Parkplatzangebot für Park-and-Ride Pendler.“ Zur Verbesserung der Lebensqualität in Wohngebieten und zum Schutz der Bausubstanz vor Erschütterungen könne man innerorts ein generelles Tempolimit von 30 Kilometer pro Stunde einführen und stark befahrene Straßen aus dem Siedlungsbereich heraus verlegen. Andere lehnen jeden weiteren Ausbau des Straßennetzes ab, die dadurch freiwerdenden Finanzmittel sollen der Infrastruktur von Bahn und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) zugute kommen. Um die Zerschneidung von natürlichen Lebensräumen zu beheben, regt ein Bürger an, „die Autobahnen in größeren Abständen unter der Erde zu führen oder über Brücken“. In der Berufswelt wäre ein weitgehender „Ersatz von Dienstreisen durch Tele- oder Webkonferenzen“ erstrebenswert. Das Projekt „klimaneutrale Dienstreisen“ der Bundesregierung wird grundsätzlich gelobt. Es sollte allerdings ausgeweitet werden.

Die Forderung, Verkehr zu vermeiden, betrifft selbstverständlich nicht nur den Personenverkehr. „Es ist unstrittig, dass das Güterverkehrswachstum für eine nachhaltige Entwicklung vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt werden muss“, meint ein Bürger. Stärkung von regionalen Wirtschaftsprozessen und „Verbrauchernähe“ seien vonnöten. „Ich brauche in Bayern keine Grundnahrungsmittel aus weit entfernten Gegenden, wie Joghurt aus Norddeutschland, Mineralwasser aus Italien, Bier aus Tschechien ...“ et cetera, ärgert sich ein Konsultationsteilnehmer. Der LKW diene als „rollendes Lager

für Großbetriebe“. Durch Ressourcenverbrauch, Beanspruchung der Infrastruktur und Emissionen verursachen lange Transportwege weltweit hohe Folgekosten, welche zum größten Teil nicht den Unternehmern, sondern der Allgemeinheit aufgebürdet würden. Diese gesellschaftlichen Kosten schlägen sich nicht in den Preisen der Produkte nieder, sie werden „externalisiert“, die Gewinne dagegen internalisiert. Hier finde eine versteckte Form der Subvention statt. Dieses Missverhältnis sei zu korrigieren, gegebenenfalls durch geeignete Steuermaßnahmen. Man fordert eine Anhebung der Mautgebühren für LKW (inklusive Kleinlaster) und die Ausweitung der Mautpflicht auf Bundesstraßen und anderen Hauptwegen.

Lang-/Transitstrecken auf die Schiene – öffentlichen Verkehr attraktiver machen

Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene (vor allem für den Ferntransport) müsse mit Nachdruck vorangetrieben werden. Ein Einsender schlägt starke staatliche Lenkung der Verkehrsströme vor: „Warum schreiben wir, zumindest für alle Langstrecken (was eine optimale Langstrecke ist, müsste erforscht werden) und Transitfahrten nicht den Bahntransport vor? Vielleicht sogar EU-weit?“

Eine Bahnreform ist nach Ansicht vieler Bürgerinnen und Bürger zwar wünschenswert, aber nicht in der aktuell geplanten Form. Die Entscheidungsverantwortung über die bundesweite Verkehrsinfrastruktur inklusive des Schienennetzes habe beim Staat zu verbleiben. Deutschland brauche einen Ausbau des Fernverkehrsnetzes, mit „neuen Schienensträngen“ entlang der Hauptachsen, auch für den Gütertransport. Ein Bürger fordert sogar separate Güterverkehrsstrecken. Die Privatisierung der Deutschen Bahn bezeichnet eine Einsenderin als „Rückschritt“. Sie führe zur „Diskriminierung von Menschen, die sich kein teures Bahnticket in den dann noch verbleibenden „besseren“ Zügen leisten können“. Um Energie einzusparen, wird in einem Schreiben vorgeschlagen, das Spitzentempo des ICE zu drosseln.

Im Bahnverkehr werden Streckenstilllegungen – vor allem im ländlichen Raum – von vielen Konsultationsteilnehmer kritisiert. Dieser Trend sei umzukehren, unter anderem durch „eine deutliche Aufstockung der Regionalisierungsmittel“. Und überhaupt brauche die Zukunft eine stärkere Förderung oder gar eine Steuerbefreiung für Bahn und ÖPNV. „Ohne eine Investitionsoffensive im Bahn- und Nahverkehr wird es keine nachhaltige Mobilität geben.“ Alleine bei der Bahn sei zwischen 2001 und 2005 ein „Investitionsstau“ von 1,5 Milliarden Euro entstanden. Ein „Kapazitätswachstum“ müsse „eine Verdopplung der Verkehrsanteile“ dieser Transportmittel ermöglichen. Durch den Verzicht „auf überteuerte und überdimensionierte Prestigeprojekte“ der Bahn könnten etwa 15 Milliarden Euro zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Jede Ortschaft in Deutschland muss mit dem ÖPNV erreichbar sein, fordert eine Kommission. Dies hätte „sowohl Auswirkungen im sozialen Bereich, da die steigende Zahl älterer Menschen auch in Zukunft mobil bleibt, als auch ökologische Auswirkungen“. Der öffentliche Verkehr müsse zudem attraktiver und kundenfreundlicher werden, zum Beispiel durch eine unternehmensübergreifende Fahrplankoordination, einheitliche Vertriebssysteme und Fahrausweise und ein „modernes Fahrgastrecht“. Durch mehr Kundenorientierung sollten „Menschen zum Umsteigen ermutigt werden“.

„Flussangepasste Binnenschifffahrtslogistik“

Eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf Wasserstraßen wird in einigen Stellungnahmen befürwortet. „Die Binnenschifffahrt ist immer noch ökonomisch und ökologisch Spitze“, meint ein Bürger. Mehrere Verbände plädieren ausdrücklich für eine „flussangepasste Binnenschifffahrtslogistik“ – auch hinsichtlich zu erwartender sinkender Wasserstände infolge des Klimawandels – und einen Verzicht auf Ausbaumaßnahmen an Gewässern. Abgesehen davon seien die Emissionen der Schiffsmotoren, auch in der Seefahrt, drastisch zu senken und der Gebrauch von Windantriebssystemen, wie zum Beispiel die neu entwickelten Drachensegel, zu fördern. In Häfen sind Schiffe vom Land her mit elektrischem Strom zu versorgen. So müssten sie nicht ständig ihre bordeigenen Generatoren laufen lassen. Ein Meeresschutzprogramm zur Senkung der Abfalleinträge auf See wäre dringend erforderlich.

Luftverkehr in den Emissionshandel einbeziehen

Der Flugverkehr und seine Auswirkungen auf Umwelt und Klima ernten besonders starke Kritik. „Bitte veranlassen Sie, dass die Vielfliegerei der Bundestagsabgeordneten eingeschränkt wird, ebenso die Billigfliegerei!!!“, heißt es zum Beispiel in einem Schreiben. Diverse Einsender verlangen „endlich“ die Erhebung einer Kerosinsteuer, notfalls im Alleingang der Bundesrepublik, und eine „stärkere Besteuerung von Inlandsflügen“ bis hin zu einem Verbot von Kurzstreckenflügen (siehe auch Kapitel C. I.). Auch wird die „angemessene“ Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel „durch Einrechnung eines Multiplikators von mindestens zwei für die im Vergleich zu seinen CO₂-Emissionen höheren Klimawirkungen des Luftverkehrs [aufgrund des Ausstoßes in großen Höhen] und die Versteigerung seiner Zertifikate zu 100 Prozent bei der Erstvergabe“ gefordert. Die Fluggesellschaften sollten verpflichtet werden, in Umweltprojekte zu investieren. An Flughäfen gelte es, emissionsabhängige Landeentgelte inklusive der Berücksichtigung des verursachten Fluglärms einzuführen.

Staatliche Subventionen für den Ausbau von Flughäfen werden mehrfach abgelehnt – das Geld sei sinnvoller zu verwenden. Globale Auswirkungen des Flugverkehrs seien in Umweltverträglichkeitsprüfungen für solche Bauvorhaben mit einzubeziehen. Ein Teilnehmer wendet sich direkt an die Bundesregierung und findet es „befremdlich und nicht nachvollziehbar, dass Sie als oberstes Entscheidungsorgan dieses Landes ohne jegliche Skrupel dem weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens zustimmen. Sie protegieren damit weiterhin ein Verkehrsmittel, dessen derzeitige – völlig unreflektierte – Nutzung einen wesentlichen Beitrag zu den bestehenden Klimaschäden leistet.“ Eine Einsenderin fordert den Bau von Magnetschwebebahn-Strecken zwischen Großstädten. Das „entlastet den Kurzflugverkehr“.

II. Nachhaltiger Konsum, nachhaltige Produktion, nachhaltiges Wachstum

Wie sollte unser wirtschaftlicher Alltag in Zukunft aussehen? Nachhaltiger Konsum dürfte – so einige Beiträge – in vielen Fällen auch bedeuten: weniger Konsum. Und weniger Produktion. „Auf vielen unserer Arbeitsplätze werden völlig unnötige, gar schädliche Produkte erzeugt, die nur mit unsinnigem Werbe-Aufwand vermarktet werden können“, schreibt ein Bürger. Doch das Abwerfen von „Konsum-Ballast“ würde

auch erhebliche Probleme verursachen. „Unsere Finanz-, Wirtschafts- und Sozialsysteme sind auf Massenkonsum und Wachstum angewiesen. Sie funktionieren nicht mehr bei einem dauerhaft stärkeren Rückgang des Konsums.“ „Ein Lebensstil des geringeren Verbrauchs muss nicht Verzicht und Verlust von Lebensqualität bedeuten – im Gegenteil“, heißt es in einer anderen Stellungnahme.

Nachhaltiger Konsum sei „ein Machtfaktor in einem System der freien Marktwirtschaft“, betont eine Organisation. Der Verbraucher ist als „Subjekt einer nachhaltigen Entwicklung zu begreifen“, seine „Gestaltungsmacht“ zu mobilisieren, schreibt eine andere. Bei Jugendlichen sei „Konsumkompetenz“ zu fördern. Bei unter 25-Jährigen müsse mittels Beschränkung der finanziellen und geschäftlichen Rechte Verschuldung verhindert werden, fordert allerdings eine Frau. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind zu ändern: „Nachhaltiger Konsum wird dann Realität, wenn das von Politik und Unternehmen gestaltete Umfeld stimmt“. Diesbezüglich brauche übrigens auch das Welthandelsrecht eine ökologische und soziale Dimension. Auf nationaler Ebene müsse ein verbindlicher „Aktionsplan für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion“ endlich Teil der Nachhaltigkeitsstrategie werden. Große Teile der Bevölkerung müssten ebenfalls umdenken. „Wer heute via Internet im Niedriglohnland China ordert, vernichtet langfristig daheim Arbeitsplätze“, kritisiert ein Einsender.

Im Alltag nachhaltig konsumieren

Diverse Stellungnahmen enthalten konkrete Vorschläge für nachhaltigeres Wirtschaften. Der hohe Papierkonsum sei eine besonders eklatante Form von Ressourcenverschwendung, meint ein Konsultationsteilnehmer. Dagegen „müssen wir Strategien entwickeln, die global greifen“. Ein Bürger plädiert für einen verstärkten Einsatz klein konzipierter Ringkerntransformatoren in der Elektrotechnik. So ließen sich Rohstoffe einsparen. Der Tourismus sei nachhaltiger zu gestalten, zum Beispiel durch Ferien in der Region statt Fernreisen. Zahlreich wird die Forderung nach neuen Steuermaßnahmen erhoben, wie zum Beispiel eine CO₂-Steuer auf alle Konsumgüter, oder „erhöhte Mehrwertsteuer bei Angeboten, die weniger umweltfreundlich sind“ sowie auf „Luxusartikel“. Notfalls verteuert werden sollte – so ein Konsultationsteilnehmer – etwa das Einfliegen von Kirschen im Dezember aus Südafrika. Generell seien Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung stärker zu besteuern, um produktions- und konsumbedingte externalisierte Kosten für die Gesellschaft wieder beim Verursacher einzuholen. Als negatives Beispiel nennt ein Konsultationsteilnehmer den LKW-Verkehr und die „unzähligen verschiedenen Postzustell- und Kurierdienste“.

Eine Kommission verweist auf den „Top Runner Ansatz, public private partnerships, Ecotainment basierte massenmediale Kommunikation, congestion charges in Ballungsgebieten [und] Ausweisung des ökologischen Rucksacks am Point of Sale“ als „innovative Instrumente“ zur Förderung des nachhaltigen Konsums. Eine „konsequente und umfassende Ökologisierung des Öffentlichen Beschaffungswesens“ sei vonnöten. Letzteres setzt jährlich rund 250 Milliarden Euro um, das entspricht 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die öffentliche Nachfrage könnte somit einen wesentlichen Beitrag zum nachhaltigen Konsum leisten.

Information und Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher

Mehrere Absender fordern, die Verbraucherinformation zu verbessern und so den nachhaltigen Konsum zu unterstützen. Das derzeitige Verbraucherinformationsgesetz wird kritisiert: „Es verbietet Behörden, Informationen über Unternehmen an die Verbraucher/innen weiterzugeben, wenn diese nicht zuvor ihre Zustimmung gegeben haben. Damit schützt das Gesetz Unternehmen, die im Zweifelsfall Verbraucher/innen gefährden und – wie geschehen – an Lebensmittelskandalen beteiligt sind“. Ähnliches gelte für die REACH-Chemikalienrichtlinie. Auch sollte das Verbraucherinformationsgesetz auf sämtliche Eigenschaften von Produkten und Dienstleistungen ausgeweitet werden, „einschließlich der Modalitäten des Herstellungsverfahrens“. Der „Ökologische Fußabdruck des Konsumenten soll sichtbar gemacht werden. Die Einführung „verbindlicher und transparenter Siegel“ sei unabdingbar, ein „zweites Preisschild“, wie es der Bundespräsident genannt hat, wird befürwortet. Sinnvoll wären zum Beispiel „die verpflichtende Darstellung des Gesamtenergieaufwands (Herstellung, Transport et cetera) auf jeder Verpackung“ beziehungsweise der Nachweis des Wasserverbrauchs bei der Erzeugung von Produkten, Verbrauchskennzeichnungen für Elektrogeräte, Hinweise auf die Arbeitsbedingungen am Produktionsort (Stichwort „Kinderarbeit“), und eine Kennzeichnungspflicht für Produkte, in denen Nanomaterialien enthalten sind.

Unternehmen für nachhaltige Produktion und Produkte gewinnen

Die Produktverantwortung der Hersteller sollte ausgeweitet werden. Ein Verband fordert: „Nachhaltigkeitsberichte von Unternehmen müssen nach einheitlichen, vergleichbaren Kriterien und in nachprüfbarer Form erstellt werden. [...] Wenn neutrale Stellen wie die Stiftung Warentest die erforderlichen Informationen haben, um das Engagement der Unternehmen im Rahmen von Corporate Social Responsibility objektiv zu beurteilen, wird sich ein positiver Wettbewerb um mehr Nachhaltigkeit entfalten.“ Und: „Die Kontaktstelle für die Einhaltung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen muss unabhängiger werden. Sie sollte an einer anderen Stelle außerhalb des Bundeswirtschaftsministeriums angesiedelt werden, um unter anderem „Zielkonflikte in Hinblick auf Investitionen und die Einhaltung von Menschenrechten“ zu vermeiden.

Nachhaltiger Konsum verlange eine verlängerte Lebensdauer und gesteigerte Reparaturfähigkeit vieler Produkte, schreiben diverse Konsultationsteilnehmer. Das müsse auch Automobile und Immobilien betreffen. Man brauche „bessere Aufklärung im Umgang mit alten Bauten, bessere Berücksichtigung der alten Gebäuden im Normierungswesen“ sowie die „Vermittlung eines Gefühls für handwerkliche Solidität“, findet ein Bürger. Auch der klassische Fortschrittsgedanke biete Perspektiven. „Durch Weiterentwicklung von Maschinen und Techniken lassen sich nicht nur Energie, sondern auch Rohstoffe sparen.“ Hierauf bezogene Forschung sollte gefördert werden, ebenso die Entwicklung von neuen, umweltfreundlichen Materialien. Eine Einsenderin fordert die „Ausweitung der Ökodesign-Richtlinie auf weitere Produktgruppen“.

Bei der Förderung innovativer, nachhaltiger Produktion sollte die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen zentral stehen, meint eine Konsultationsteilnehmerin. Diese können sich nämlich „flexibel an Märkte anpassen, weil die Aufbauorganisation nicht schon eine Eigendynamik angenommen hat und neue Abläufe und Ideen be-

kämpft werden. Es ist dabei von Vorteil, wenn Fördergelder benutzerfreundlich beantragt werden können. Die Suche nach geeigneten Förderprogrammen und die Beantragung fällt bisher großen Konzernen mit einem großen spezialisierten Mitarbeiterstab deutlich leichter als kleinen Unternehmen, wo sich wenige Mitarbeiter um alle betriebliche Angelegenheiten kümmern müssen.“

Recyclingwirtschaft ausbauen

Um den Ressourcenverbrauch zu senken und die Abfallproblematik besser in den Griff zu bekommen, müssen nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion auch ein verbessertes Recycling und die Mehrfachnutzung von Produkten (Kaskadennutzung) mit einschließen (siehe auch Kapitel C. II.). „Die Produktnutzungsdauer beziehungsweise der Grad, zu dem Produktnutzung sich dem möglichen Optimum annähert, sollte daher unbedingt in den zu entwickelnden Indikator für nachhaltigen Konsum eingehen.“ Einwegprodukte und „unnötige Verpackungen“ seien zu vermeiden. „Optimal wäre es [...], wenn man bei jedem Produkt eine „Entsorgungsgebühr zu entrichten hätte. Dann würden die Firmen Verpackungsmüll sparen, weil die Kunden automatisch zu den wenig Verpackten greifen würden (da billiger)“, glaubt eine Bürgerin. Ein Einsender schlägt die Einführung eines Pfandsystems für Batterien, Energiesparlampen und „sonstige Geräten mit gesundheitsschädlichen Inhaltsstoffen“ vor, ein anderer die Abschaffung des „Grünen Punkts“ und den Aufbau eines Systems, „das sortenrein trennt“. Eine Mutter fordert die Erhöhung des Bierflaschenpfandes auf 25 bis 50 Cent sowie die Einführung einer allgemeinen Pfandpflicht für Glasflaschen aller Art. So könne man Ressourcen sparen und die Parks lägen nicht mehr voll mit Glasscherben.

Förderung ökologischer Landwirtschaft

Was die Produktion von Lebensmitteln betrifft, plädieren viele Teilnehmer für eine starke Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft (siehe auch Kapitel D. III.). Unter Berücksichtigung der „externalisierten Umweltkosten“ sei sie besonders nachhaltig und somit intensiv zu fördern. Dasselbe gelte für die weiterverarbeitende Industrie. Eine Organisation behauptet das genaue Gegenteil und verweist auf eine geringere Ertragseffizienz der ökologischen Lebensmittelerzeugung. Den Fleischkonsum zu senken, wird mehrfach befürwortet. Massentierhaltung sei ebenfalls nicht nachhaltig, schreibt eine Gruppe; ein Bürger behauptet im Gegenzug, in der ökologischen Geflügelhaltung würden höhere CO₂-Emissionen anfallen als in Legebatterien. Ein Verband verlangt, die Einschränkung des Einsatzes tierischer Fette in der Biodieselproduktion zurückzunehmen und § 3 Nummer 9 der Biomasseverordnung zu streichen. „Tierische Nebenprodukte fallen immer an, solange Tiere gehalten und geschlachtet werden. Die Nutzung der in den Nebenprodukten vorhandenen Energie ist nachhaltig und vermindert den CO₂-Ausstoß.“

III. Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen

Natürliche Ressourcen sind die Basis einer jeden Ökonomie. Ihr Erhalt muss somit zentraler Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie sein, und viele Beteiligte haben sich hierzu geäußert. So wird der gewaltige Flächenverbrauch (104 Hektar pro Tag) von

verschiedenen Konsultationsteilnehmern mit Nachdruck aufgegriffen. Durch ihn gehen der Bundesrepublik nicht nur Biotopflächen, sondern vor allem wertvolles Ackerland verloren. Die „politisch Verantwortlichen“ müssten endlich „mit der Umsetzung der in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vorgesehenen Reduzierung des Flächenverbrauchs auf 30 Hektar pro Tag bis 2020“ beginnen, fordert eine Organisation. Ein Einsender schlägt diesbezüglich vor, die Grundsteuer für Neubauten, Industrieansiedlungen et cetera für die ersten zehn Jahre zu verdoppeln. So könnte die Inanspruchnahme von Flächen gebremst werden, und die Mehreinnahmen stünden für „Naturaufwertungs- und Ausgleichsmaßnahmen“ zur Verfügung. Zusätzlich dürften neue gesetzliche Regulierungen wie zum Beispiel die „Einforderung eines strikten Bedarfsnachweises für neue Bauleitpläne“ und eine „konsequente Ausrichtung der Städtebauförderung am Ziel der Innenentwicklung“ das Problem eindämmen, meint ein Gremium. Ein anderes fordert sogar die langfristige Senkung des Flächenverbrauchs auf Null. Sonst würde er irgendwann „zu einem vollständigen Verbrauch der Fläche führen“. Der Bund müsse zudem „militärische Konversionsflächen auch verstärkt einer Renaturierung zur Verfügung stellen“.

Nullversiegelung in bevölkerungsarmen Regionen – Flächenrecycling fördern

Der demografische Wandel führt in einigen Regionen zu sinkenden Einwohnerzahlen. „Weniger Bevölkerung muss mit einem eindeutig geringeren Flächenverbrauch verbunden sein“, heißt es in einer Stellungnahme. In solchen Gebieten sei „eine Nullversiegelung anzustreben und planerisch zu verankern“. Ein Einsender fordert „erhebliche staatliche Zuschüsse“ zwecks Unterstützung der Kommunen beim „Flächenrecycling“. Auch wird eine „komplette Abschaffung“ der noch verbleibenden Pendlerpauschale gefordert, „um Anreize für eine Reduzierung des Pendlerverkehrs und des Flächenverbrauchs zu verstärken“.

Ein Teilnehmer der Konsultationen schlägt vor, die vor allem in den neuen Bundesländern zahlreich vorhandenen städtischen Brachflächen und Rückbaugelände in Wiesen umzuwandeln oder mit Chinaschilf zu bepflanzen. Erstere könnten mit Schafen oder Ziegen bewirtschaftet werden, während das Schilf als schnell wachsende Energiepflanze zur Verfügung stünde. „Der Kerngedanke meines Vorschlags besteht sowohl in der Reduzierung und Aufnahme von CO₂-Emissionen als auch in der Filterung von Feinstaub in den Stadtgebieten. Als Nebeneffekt werden neue Arbeitsplätze geschaffen und preiswerte und umweltfreundliche Energie produziert.“

Neue Naturschutzgebiete – bessere Überwachung

„Biodiversitätspolitik“ muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden, deren Belange in vielen Bereichen besser zu integrieren sind, fordert eine Organisation. Noch immer seien in Deutschland zahlreiche Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht beziehungsweise stark gefährdet, besondere Lebensräume verschwänden von der Landkarte. Dieser Verlust müsse gestoppt werden. Das Ziel, im Jahr 2015 wieder den Indikator-Wert für Artenvielfalt des Jahres 1975 zu erreichen, sei nicht ausreichend, schreiben mehrere Beteiligte. Die Einrichtung von neuen großflächigen Naturschutzgebieten und der konsequentere Schutz der schon bestehenden – in diesem Kontext bezeichnet ein Einsender zum Beispiel den Tiefflug von Militärflugzeugen über Nationalpark-Gebieten im südlichen Mecklenburg als „beschämend“ – seien unerlässlich für

den Erhalt von Artenvielfalt und Ökosystemen. Zusätzlich wären ein besseres Management und die Überwachung der geschützten Areale vonnöten. Verbundsysteme von Biotopen seien auszubauen. Sie dienen dem genetischen Austausch und der Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung von Wanderwegen zahlreicher Tierarten. Das Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ sei zu vervollständigen und zu verbessern, Zugvögel EU-weit einheitlich zu schützen. Internationale Artenschutzabkommen müssen „forciert werden und einer strikten Kontrolle unterliegen“, fordert ein Verband. „Ein grenzübergreifendes Monitoring des Wildtierbestandes ist unerlässlich.“ Nationalparks und ähnliche Schutzgebiete tragen als Attraktionen im Sinne eines nachhaltigen Tourismus wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung strukturarmer Regionen bei. Diese Rolle sei zu stärken.

Ökolandbau fördern für den Artenschutz

Bedenklich sei die Gefährdung der Biodiversität durch intensive Landwirtschaft, vor allem durch den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie den zunehmenden Anbau gentechnisch veränderter Gewächse. „Anbau und Freisetzungen von gentechnisch verändertem Raps müssen gesetzlich verboten werden, da Raps nicht koexistenzfähig ist und zudem in viele Kultur- und Wildpflanzen auskreuzt“, heißt es beispielsweise in einer Stellungnahme. In vielen Beiträgen wird deshalb eine konsequente Förderung der ökologischen Landwirtschaft gefordert und eine „klare Absage an die industrielle Agrogentechnik“ oder zumindest die Ausweisung von „gentechnikfreien Regionen“ und die Festlegung von „weitreichenden Abstandsregelungen zu Schutzgebieten“. Die „Agrobiodiversität“ – die Vielfalt verschiedener Nutztierassen, Obstsorten, Feldfrüchte und dergleichen – muss erhalten bleiben. Ihre gezielte Vermarktung sei auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Für Öko-Saatgut sei eine spezielle Sortenprüfung zuzulassen. Die Fördermittel für Ökobauern und solche, die es werden wollen, müssten deutlich aufgestockt werden. Nur so lasse sich das Ziel eines 20-prozentigen Anteils des Ökolandbaus an der landwirtschaftlichen Nutzfläche bis 2010 erreichen. Das wirtschaftliche Potenzial ist auf jeden Fall da: Der Markt für ökologisch erzeugte Lebensmittel verzeichnet jährlich zweistellige Wachstumsraten, etwa die Hälfte der Nachfrage wird hierzulande durch Importe gedeckt. „Es fehlt ein Aktionsplan Ökolandbau – analog zum gleichnamigen Plan der EU“.

Nicht jeder betrachtet die ökologische Landwirtschaft allerdings als Königsweg, eine Gruppe stellt ihre Nachhaltigkeit grundsätzlich in Frage. „Die geringeren Erträge pro Flächeneinheit im ökologischen Landbau bedeuten einen Verlust an Effizienz in der Nutzung der nur begrenzt verfügbaren Fläche.“ Mittels „Blühstreifen“ lasse sich bei konventionell bewirtschafteten Flächen „die floristische und faunistische Diversität regionaltypischer Arten in der Agrarlandschaft“ erhöhen. Ein Konsultationsteilnehmer verweist auf die Möglichkeiten, Ressourcen in der konventionellen Tierhaltung zu schonen. Dank Effizienzsteigerungen könne man zum Beispiel Wasser sparen und Emissionen verringern. Auch der Einsatz genetisch veränderter Organismen wird verteidigt. „Die Gentechnikhysterie muss beendet werden. Durch die neuen „Gen“-Sorten werden massiv Pflanzenschutzmittel eingespart“, schreibt eine Bürgerin.

Der Wald als Rohstoffquelle

Die Bewirtschaftung der Wälder ist ebenfalls von zentraler Bedeutung für die biologische Vielfalt. Hier gehen die Meinungen jedoch stark auseinander. Während über die Notwendigkeit vermehrter Aufforstung noch grundsätzlich Konsens herrscht, fordern einerseits mehrere Konsultationsteilnehmer eine ökologische Forstwirtschaft mit „Anbau autochthoner Gehölze und standortheimischer Bäume bei Vorrang der Naturverjüngung sowie den Erhalt von Habitatbäumen und den freiwilligen Nutzungsverzicht zur Entwicklung von Altholzinseln“. Andererseits lehnt ein Verband in Bezug auf die neue Rolle von Holz als nachwachsendem Rohstoff „verordnete Nutzungsbeschränkungen“ von Wäldern als „kontraproduktiv“ ab. Seiner Ansicht nach müssen „Reserven mobilisiert“ und unter anderem „schnell wachsende Baumarten in Kurzumtriebsplantagen“ angebaut werden. Um die Ressource Holz zu schonen, sei eine Senkung des Papierverbrauchs, etwa mittels einer Papiersteuer, erforderlich.

Die Biodiversität muss selbstverständlich über die Grenzen Deutschlands hinaus geschützt werden. Deshalb seien zum Beispiel das Abholzen tropischer Regenwälder und ihre Umwandlung in Agrarland für die exportorientierte Produktion von Energiepflanzen, Futtermittel oder Fleisch nicht hinnehmbar. Vereinbarung der Bundesregierung mit Brasilien „bedrohen das Cerrado, das Pantanal, den Amazonas und andere wichtige Naturräume in hohem Maße“, meint eine Bürgerin.

Wasser und Boden schonen

Der Boden ist einer der zentralen Ressourcen für Land- und Forstwirtschaft und dementsprechend zu schützen. „Das zunehmende Abtöten der Mikroorganismen im Boden durch Gifte“, so ein Beteiligter, müsse verhindert werden. Die Bodenfruchtbarkeit sei zu fördern, unter anderem durch „nachhaltige Landnutzung mit verminderten Verlusten an Nähr- und Mineralstoffen“ und Humus. Überdüngung (Stickstoffüberschuss) sei mittels einer Neufassung der Düngeverordnung auf Basis einer so genannten Hof-torbilanz für Landwirtschaftsbetriebe einzudämmen.

Wasser ist Ressource und Lebensraum zugleich. Bis zum Jahr 2015 gelte es, dafür zu sorgen, dass „artenreiche Flusslandschaften mit natürlicher Dynamik, natürlichen Auen und Überflutungsbereichen und ökologische, durchgängige Flüsse und Bäche von der Quelle bis zur Küste weitgehend wiederhergestellt werden. Auch für Seen, Küstengewässer und Grundwasservorkommen sind entsprechende Qualitätsanforderungen fristgerecht einzuhalten“, heißt es in einer Stellungnahme. Wasserkraft-Gewinnung und Schifffahrt sind dementsprechend auszurichten. Der zerstörerische Ausbau von Fließgewässern zu Wasserstraßen wird abgelehnt. Überfischung und der unerwünschte „Beifang“ von Meeressäugern und anderen Tierspezies müssen wirksam bekämpft werden. Zwei Beiträge heben die Bedeutung der natürlichen Wasserkreisläufe hervor. Diese seien mittels einer „vermehrten Ausstattung der Kulturlandschaft mit standortgerechter, verdunstender Vegetation“ zu unterstützen. So ließen sich auch Hochwasser, Erosion und Gewässereutrophierung bekämpfen. In Kläranlagen sollte Phosphor zurückgewonnen werden, damit diese knappe Ressource als landwirtschaftlicher Dünger wiederverwertet wird.

Hinsichtlich der Luftverschmutzung seien vor allem wirksame Maßnahmen gegen Emissionen von Ammoniak und komplexen chemischen Substanzen zu ergreifen.

IV. Gesundheit

Wie kann die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu vertretbaren Kosten weiter verbessert und dauerhaft gesichert werden? Mehrere Beteiligte schlagen vor, das Angebot an Vorsorgeuntersuchungen und Präventionsmaßnahmen deutlich auszuweiten. „Vorbeugen ist besser als heilen“, bringt es ein Beitrag auf den Punkt. Im Kontext der Vorsorge wird auch mehrfach ein generelles Tempolimit (120 Kilometer in der Stunde auf Autobahnen) gefordert. So ließe sich die Zahl schwerer und tödlicher Unfälle erheblich reduzieren. Weniger Auto, mehr Fortbewegung mit dem Fahrrad oder zu Fuß und eine allgemeine „Entschleunigung“ kämen der menschlichen Gesundheit ebenfalls zugute. Mittels durchdachter Essensversorgung an den Schulen wiederum könnte das Bewusstsein für gesunde Ernährung schon im Kindesalter gefördert werden.

Mehr Schutz vor Umweltgiften

Zahlreiche industriell verwendete Chemikalien würden eine potentielle Gesundheitsgefahr darstellen. Sie stünden unter anderem im Verdacht, die Fruchtbarkeit zu beeinträchtigen oder Krebs auszulösen. Diesbezüglich wäre eine Verschärfung der EU-Chemikalienverordnung REACH erforderlich, vor allem in Bezug auf hormonell wirksame Substanzen. Möbel, Baustoffe, Kosmetik, Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände müssten frei von Umweltgiften sein. In diesem Sinne sei auch die Förderung der ökologischen Landwirtschaft zu verstärken. Mögliche Gesundheitsrisiken der Nanotechnologie seien besser zu erforschen. Ein Bürger ist davon überzeugt, dass eine rein pflanzliche Ernährung der menschlichen Gesundheit sehr zuträglich wäre. Die Viehwirtschaft sei demnach abzuschaffen.

Wer ungesund lebt, soll mehr zahlen

Einige Konsultationsteilnehmer plädieren für mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. „Vernünftige Menschen“ müssten für die Kosten der „Unvernünftigen“ wie der Raucher aufkommen. Zigaretten, Zucker, Alkohol, „ungesunde Fette“ et cetera seien deshalb höher zu besteuern, eine ähnliche Abgabe könnte auf Motorräder, Ski und andere potentiell unfallverursachende Anschaffungen erhoben werden. Die Einnahmen seien dem Gesundheitssystem zuzuführen und/oder zur Förderung gesunder (Bio-)Ernährung einzusetzen. Auch wären höhere Krankenversicherungs-Beiträge für ungesund lebende Versicherte zu überlegen.

Weniger Bürokratie im medizinischen Alltag

Ein pensionierter Arzt prangert die allgemeine Ineffizienz des Gesundheitswesens an und fordert grundlegende Reformen. „Es wird immer mehr Geld in ein hinterfragbares System gepumpt, anstatt das System selbst einer Analyse zu unterziehen.“ Ein Gesundheitsrat nach Schweizer Modell, bestehend aus politisch und wirtschaftlich unabhängigen Fachkräften, sei mit der Erarbeitung eines neuen Konzepts zu beauftragen. Der Arztberuf müsse wieder aufgewertet und besser honoriert werden, um seine Attraktivität zu steigern und die Abwanderung von Medizinerinnen und Medizinern ins Ausland zu stoppen. Das Medizin-Studium solle weniger technikfixiert und stärker auf

den Menschen ausgerichtet sein. Forschung, Lehre und Krankenversorgung seien zu trennen. Bürokratie beherrsche den medizinischen Alltag, ihr Abbau und das Delegieren bürokratischer Tätigkeiten „an qualifizierte nichtärztliche Mitarbeiter“ würde den Ärztinnen und Ärzten wieder mehr Zeit für die Kranken einräumen.

Um Betrug und die daraus hervorgehenden Kosten einzudämmen, fordert ein Bürger, die Rechnungen der Ärzteschaft strenger zu kontrollieren. Ein anderer wiederum schlägt vor, mittels „Verschlankung“ des Gesundheitswesens Geld zu sparen: „Eigenleistungen und Leistungsverzicht – etwa auf Organtransplantationen, Kuren, besonders aus dem Rahmen fallende Medikamente sollten finanziell honoriert werden durch Beitragssenkungen.“ „Wettbewerb unter den Krankenkassen“ hätte nichts mit Nachhaltigkeit zu tun, und „die privaten Krankenkassen gehören komplett abgeschafft“, meint eine Einsenderin, eine andere stellt die Reformen im Gesundheitswesen unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten gar komplett in Frage: „Sie tragen in sich nichts zur Gesundheitsförderung oder Prävention bei.“

V. Soziale Eingliederung, Demografie und Migration

Die Integration benachteiligter Menschen in das soziale und wirtschaftliche Leben ist Grundbedingung für eine stabile, zukunftsfähige Gesellschaft. Armut sei „eine Schande für Deutschland“, erbot sich ein Konsultationsteilnehmer. In Einsendungen zu diesem Thema werden die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, die Förderung flexibler Teilzeitarbeit zur „Umgestaltung der Arbeitswelt“, der Abbau der Arbeitslosigkeit sowie ein gesetzlicher Mindestlohn von acht Euro pro Stunde gefordert. „Die Bundesregierung muss stärker die Interessen der Mehrheit der Bundesbürger vertreten und nicht die Interessen der Arbeitgeber, denn der Bürger wählt und nicht die Firmen!“ Ein „arbeitsfreies Mindest-Einkommen“ wäre „die Honorierung von Arbeits-Verzicht“, meint ein Mann. Bescheidenheit habe einen gesellschaftlichen Wert – „nicht wer viel hat, ist reich, sondern der, der wenig braucht.“ Um sozial schwache Schichten besser zu unterstützen, unterbreitet ein Bürger folgenden Vorschlag: „Es sollte (für den Bundeshaushalt neutral) eine für alle Personen – unabhängig vom Einkommen – gleiche Rückerstattung „abzugsfähiger Positionen“ geben.“ Das heißt mit der Steuererklärung erhält jeder zum Beispiel zehn Prozent seiner Pendlerkosten, der Kinderbetreuungskosten oder ähnlich zurück“. „Rente nicht in Prozent anpassen, Rente in Euro anpassen“, verlangt ein dritter Beteiligter.

Erfahrungen der Älteren nutzen

Die Fähigkeiten älterer Menschen und ihr Potential für die Gemeinschaft werden heutzutage oft unterschätzt. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist die kontinuierliche Integration von Senioren in das gesellschaftliche Leben unverzichtbar. Untätigkeit im Alter erhöhe sogar das Risiko seelischer Erkrankungen, lautet eine Stellungnahme. „Es ist unzureichend und letztlich unwürdig, die ansteigende Zahl der Alten mehrheitlich in Seniorenheime abschieben zu wollen“, kritisiert ein Ehepaar, und eine Bürgerin schreibt: „Wer kann den Kindern besser Weisheiten und Lebenserfahrungen weitergeben als unsere älteren Mitmenschen.“ Senioren könnten in Schulen Praxiswissen vermitteln. Freiwilliges Engagement älterer Menschen sei auf kommunaler Ebene zu fördern und zu koordinieren. „Jeder sollte für seine Möglichkeiten etwas finden – auch gesundheitlich eingeschränkte Personen.“ Ein Bürger fordert die

Anhebung der Altersgrenzen für den Ruhestand. „Vielleicht muss man mit 65/67 plus X Jahren dann nicht mehr volle 40 Stunden pro Woche arbeiten – aber jeder Mensch sollte die Chance haben, über seinen Renten-/Pensionseintritt hinaus arbeiten zu dürfen...“ (siehe auch Kapitel C. III.).

Regionale Strukturen der demografischen Entwicklung anpassen

Die demografische Entwicklung und das damit verbundene Altern der Gesellschaft wirken sich auch auf die Mobilität aus. Senioren sind wie Behinderte oft auf die Bahn und den ÖPNV angewiesen, die Benutzung dieser Verkehrsmittel werde dementsprechend steigen. Diese Entwicklung müsse man planungstechnisch berücksichtigen. In einigen Regionen, vor allem in den neuen Bundesländern, ist bereits ein Schrumpfen der Bevölkerung zu verzeichnen. Dies senke die Steuereinnahmen und erschwere somit den Erhalt der Infrastruktur. Für dünnbesiedelte ländliche Räume müsse „eine ausreichende Zahl von qualifizierten Regionalmanagern/-betreuern“ zur Verfügung stehen. Auch „sollte der Gesetzgeber mal darüber nachdenken, ob die Einwohnerzahl das unbedingte Kriterium zum Beispiel für den Groß- oder Kreisstadtstatus ist. Der Umfang der zu lösenden Aufgaben ist gerade in den schrumpfenden Großstädten nicht nur von der Einwohnerzahl abhängig. Hier sollte es flexiblere Kriterien geben“, fordert ein Einsender. Der „flächenhafte Abriss“ von Plattenbausiedlungen wäre sinnvoll.

Höhere Steuern für kinderlose – bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Um die „Vergreisung“ der Bundesrepublik zu bremsen, sei eine familienfreundlichere Politik vonnöten. Nur so lasse sich die Geburtenrate steigern. Steuererleichterungen müssten „gerade der jungen Generation Spielraum geben“. Den Ausgleich sollen andere leisten, so eine Frau. „Alle, die selbst keine Kinder aufziehen oder aufgezogen haben, müssen durch höhere Steuern viel mehr am Sozialwesen beteiligt werden.“ Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei zu fördern, unter anderem durch mehr Teilzeitbeschäftigung. Zwei Einsender weisen auf die sinkende Fruchtbarkeit von Männern und Frauen und die Häufigkeit ungewollter Kinderlosigkeit hin. Hieran sei die Gesundheitsbelastung durch Umweltgifte schuld.

Integration nur durch bessere Bildung

Eine Bürgerin ist der Meinung, dass das Land trotz aktiver Senioren auch junge, ausländische Arbeitskräfte braucht. „Hier halte ich eine aktive Einwanderungspolitik für nötig, die insbesondere Familien mit Kindern in größerer Zahl ins Land holt und integriert“, schreibt ein anderer. Um Letzteres konsequent zu unterstützen, sei eine stärkere Förderung deutscher Sprachkenntnisse unabdingbar. Diese habe bereits im Vorschulalter an Kindertagesstätten zu beginnen. In „sozialen Brennpunkten – in denen Migranten ja häufig wohnen“ müsse die Früherziehung an öffentlichen Einrichtungen intensiviert werden. Integrationskurse für Erwachsene könnte man „flächendeckend verbessern“, die „interkulturellen Kompetenzen“ durch spezielle Veranstaltungen wie zum Beispiel Begegnungsabende stärken. Die Integrationsarbeit an Schulen sei dringend auszuweiten. Die schulischen Leistungen von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien seien speziell zu fördern, um ihnen bessere Zukunftsperspektiven

zu bieten. „Bildung und Integration sind ein untrennbares Paar“, heißt es in einer Stellungnahme. Eine Beteiligte mahnt allgemein einen „liberaleren Umgang“ mit Migrantinnen und Migranten an. „Insbesondere Abschiebungen von Menschen, die zum Teil zehn Jahre und länger hier leben, finde ich aus humanitären Gründen ganz inakzeptabel.“

VI. Globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und nachhaltige Entwicklung

Können westlicher Wohlstand und Lebensstandard auf der gesamten Welt verbreitet werden? Wohl nicht, heißt es in mehreren Stellungnahmen. Der Ressourcenverbrauch wäre viel zu hoch, das globale Ökosystem würde unweigerlich zugrunde gehen. Vielmehr müsse man sich in den „reichen nördlichen industriell-kapitalistischen Staaten“ zurücknehmen. Teilen sei unabdingbar. „Ausreichend Nahrung und Kleidung für jeden Menschen, ein geheiztes Dach über dem Kopf und eine vernünftige Bildung für alle. Das heißt: Verzicht!“, schreibt ein Einsender.

Spezifische Bedingungen anderer Länder beachten

Die Produktion so genannter Energiepflanzen verursache in zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländern erhebliche Probleme. Die „Agroenergie“ fördere „Armut und Hunger“, konstatiert ein Verband. Der Anbau von Ölpalmen, Zuckerrohr und anderen Gewächsen zur Herstellung von Brennstoffen trete in Konkurrenz zur Nahrungsmittel-Produktion, verbrauche sehr viel Wasser, und die großflächigen Monokulturen würden die Böden auslaugen. Der Anlage neuer Plantagen fallen oft unberührte Naturgebiete zum Opfer. Mit anderen Worten: In vielen Fällen wirke die Agroenergie gegen die nachhaltige Entwicklung von „Drittwellenländern“. Mehrere Stimmen fordern deshalb verschärfte Bestimmungen für die Produktion und den Import von Biokraftstoffen, zum Beispiel durch Überarbeitung der Biomasse-Nachhaltigkeitsverordnung und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Es müssten strikte Nachhaltigkeits-Kriterien eingehalten werden. Manche plädieren für eine Streichung sämtlicher staatlicher Subventionen. Ein Verein lehnt solche Regulierungen jedoch grundsätzlich ab. „Von der Biomasseproduktion [zur Energie-Erzeugung] können Schwellenländer und Entwicklungsländer stark profitieren und eigene Industriezweige aufbauen, was zu einer sozialen Nachhaltigkeit vor Ort führt“, heißt es in der Stellungnahme. Auf diesem Sektor sei „ein Ausbau der Globalisierung unerlässlich“. Ein anderer Verband befürwortet die Nutzung von nicht verzehrbaren Pflanzenresten aus der Nahrungsmittel-Produktion zur Energie-Erzeugung.

Neue Förderpolitik und neue Finanzinstrumente für die Entwicklungsländer

Zur globalen nachhaltigen Entwicklung bedarf es auch einer konsequenten Förderung des Umwelt- und Artenschutzes in den Entwicklungsländern. Vor allem Gewässer- und Meeresschutz wurden bisher vernachlässigt. Die Wiederaufforstung und Erhaltung natürlicher Wälder sollten hohe Priorität haben. Des Weiteren müssten nationale und internationale entwicklungspolitische Finanzinstitutionen wie die KfW und die Weltbank „ihre Förder- und Finanzpolitik umgestalten: weg von der massiven Förderung fossiler und nuklearer Energien, hin zu erneuerbaren, dezentralen Energieträ-

gern und Energieeffizienztechnologien“, verlangt ein Gremium. Ein Einsender weist auf den problematischen Einsatz gentechnisch veränderter, patentierter Gewächse hin. „Großkonzerne dürfen nicht in Entwicklungsländern ein Monopol aufbauen und die Bauern abhängig machen.“ Weltweit steigende Nahrungsmittelpreise erfordern die Intervention von internationalen Organisationen. Um die Entwicklungshilfe aufzustocken, müssen neue Finanzierungsinstrumente wie eine Devisentransaktionssteuer und/oder eine Kerosinsteuer eingeführt werden. Abgaben auf die „Nutzung globaler Umweltgüter“ werden ebenfalls befürwortet.

Höhere Umwelt- und Sozialstandards helfen nachhaltiger Entwicklung

Importierte Rohstoffe und Waren sind oft deshalb so billig, weil ihre Produktion in zahlreichen asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Staaten auf Kosten von Mensch und Umwelt geht. Die Förderung höherer Umwelt- und Sozialstandards in solchen Ländern wäre ein wirksames Instrument für nachhaltige Entwicklung und könnte gleichzeitig Wettbewerbsverzerrungen beseitigen. „Als Schutz gegen Konkurrenz durch Öko- und Sozialdumping sollten EU-weit Grenzausgleichsabgaben/Zölle für Produkte geprüft werden, die diese Standards nicht einhalten“, bringt eine Bürgerin vor. Zwei andere Einsender fordern umfassend: „Die Bundesregierung muss sich mit ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht nachhaltig für globale, verbindliche demokratische und soziale Standards einsetzen, damit Ökonomie und Ökologie wieder ins Gleichgewicht kommen.“ Auch Friedenspolitik ist für die Entwicklung benachteiligter Länder von entscheidender Bedeutung. Ein Bürger kritisiert diesbezüglich, „dass Deutschland weiterhin führender Waffenexporteur ist, mit teilweise erheblichen Steigerungsraten“.

Kampf gegen Hunger und Armut

Kinder müssen ein Recht auf Schulbesuch haben, weltweit, betont ein Verein. Bildungsmangel und „hohe Analphabetenraten“ erschweren eine nachhaltige Entwicklung. Das rapide Wachstum der Bevölkerung von Entwicklungs- und Schwellenländern verschärfe zudem viele Probleme. Geburtenkontrolle und Familienplanungsprogramme seien wichtige Instrumente im Kampf gegen Hunger und Armut, und deshalb stärker zu fördern, heißt es in einem Schreiben. Man müsse „denjenigen Kräften in Entwicklungsländern, die ungehemmtes Bevölkerungswachstum zulassen oder stillschweigend dulden [...] ihre Verantwortungslosigkeit bewusst machen.“

Eine Neuordnung des Welthandels mit Agrarprodukten käme zahlreichen Bauern in Entwicklungs- und Schwellenländern zugute. Die EU-Agrarpolitik mit ihren hohen Subventionen für hiesige Erzeuger wirke kontraproduktiv. EU-Überschüsse würden zum Beispiel zu Dumping-Preisen nach Westafrika verkauft, und die dortigen Bauern blieben „auf ihrer Ware sitzen“. Europäische Fischertrawler machten an fernen Küsten Beute und gefährdeten so die Existenz einheimischer Fischer. Solche Missstände müssten behoben werden. Ein Mann schlägt vor, „die Kaffeesteuer für fair gehandelte Biokaffeesorten zu erlassen“. So könne man ein deutliches Zeichen zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens setzen. Die landwirtschaftliche Effizienz müsse in Entwicklungsländern deutlich gesteigert werden, fordert ein anderer. Sonst ließe sich die wachsende Weltbevölkerung nicht ausreichend ernähren.

Die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe könne die Ökonomie von Entwicklungsländern stärken, erklären einige Konsultationsteilnehmer. Eine Gruppe regt allerdings an, in die nationalen Nachhaltigkeitsstrategien „ein freiwilliges Bekenntnis, nur die Überproduktion an Rohstoffen aus Schwellen- und Entwicklungsländern zu importieren, aufzunehmen. Der nationale Bedarf an Ressourcen sollte unbedingt in den Herkunftsländern verbleiben und dort zur lokalen Wertschöpfung beitragen. Alles andere würde für diese Länder zu einer endlosen Abhängigkeit von den Industriestaaten führen! Keine Energie – keine Entwicklung.“ Nahrungsmittel und Tierfutter dürfen nicht aus Regionen importiert werden, in denen Hunger und/oder Wassermangel herrschen. Eine Einschränkung des Fleischkonsums beziehungsweise die Umstellung auf vegetarische Ernährung würden ebenfalls zur Eindämmung der Probleme beitragen. Die Produktion von einem Kilo Rindfleisch auf Basis von Getreidefütterung verbrauche zum Beispiel zehn Mal soviel Wasser wie die Erzeugung von einem Kilo Weizen.

VII. Allgemeine und berufliche Bildung

„Welche Bereiche des Lebens wirken nachhaltiger als Erziehung und Bildung? Wer entwickelt morgen Zukunft, wenn nicht die heutigen Kinder?“ Dieses Zitat aus einem eingereichten Beitrag stellt unmissverständlich klar, welche Schlüsselrolle der Bildung im Rahmen einer erfolgreichen Nachhaltigkeitsstrategie zukommt. Ohne breiten Bewusstseinswandel könne dieses Gesellschaftsprojekt nicht fruchten. Es gelte unter anderem, die heranwachsenden Generationen zu kritischen, politisch aktiven Verbraucherinnen und Verbrauchern zu erziehen, ihnen „Konsumkompetenz“ zu vermitteln. Kinder sollen begreifen, „wie die Natur uns ernährt“, Schulgärten, Lehrbauernhöfe und Schulpatenschaften inklusive Pflegeaufgaben für Streuobstwiesen und dergleichen können dazu beitragen. Auch eine entsprechende Schulspeisung und die Einführung des Unterrichtsfachs „Ernährung“ können das Bewusstsein für gesunde Ernährung stärken. Das von Bund und Ländern geförderte Programm „Transfer-21“ zur Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schulpraxis wird ausdrücklich gelobt; es sollte nach Auffassung einiger Konsultationsteilnehmer ausgeweitet werden.

Struktur des Bildungssystems überdenken

Als Sorgenkind des deutschen Bildungssystems wird die Hauptschule betrachtet. Deren Schülerinnen und Schüler seien oft nur mangelhaft erzogen und verfügten demnach über eine „sehr begrenzte Gesellschaftsfähigkeit“, schreibt eine betroffene Lehrerin. Deshalb wäre für diese Jugendlichen eine besonders intensive Betreuung seitens der Lehrkräfte vonnöten, doch dafür fehle es an qualifiziertem Personal. Die Klassen seien zu groß, die Rahmenbedingungen schlecht, viele Lehrer verlören die Motivation. Dabei sei die Bedeutung der Hauptschule aus gesellschaftlicher Sicht enorm, vor allem bezüglich der Integrationsarbeit. „Gerade Hauptschüler und Kinder mit Zuwanderungshintergrund müssten die besten, die qualifiziertesten, die engagiertesten Lehrer bekommen, die zu haben sind.“ Auch ihre Eltern sollten stärker eingebunden werden. Die Qualifikation benachteiligter Jugendlicher ver helfe ihnen zu einer stabilen Erwerbsfähigkeit. Mit anderen Worten: Sie könnten selbst gut ihr Brot verdienen, wären nicht vom Sozialsystem abhängig und entlasteten stattdessen als Steuerzahler die alternde Gesellschaft. Ohne „handfeste Investitionen“ sei dieses Ziel allerdings nicht erreichbar.

Einige Konsultationsteilnehmer lehnen das dreigliedrige Schulsystem grundsätzlich ab und fordern die Einführung der Gesamtschule – Förderung statt „schichtenspezifischer Auslese“. Die Selektion zum Ende des vierten Schuljahrs verhindere, dass die tatsächlichen Fähigkeiten der sich entwickelnden Kinder richtig eingeschätzt werden. Kontraproduktiv seien auch die durch den bundesdeutschen Föderalismus bedingten Unterschiede in der Schulbildung auf Länderebene. Das Abitur sollte zum Beispiel überall in Deutschland gleichwertig sein, die Lehrmittel standardisiert – bis hin zu einheitlichen Skripten, die im Internet allen zur Verfügung stehen. Man brauche eine „bundesweite Bildungspolitik“ mit festgelegten „Qualitätsstandards“ und eine „kontinuierliche Evaluation“ der Entwicklungen. Bildungskongresse könnten hierzu beitragen. Das Erfüllen vereinheitlichter Standards durch die Schülerinnen und Schüler wäre ein besserer Indikator für Fortschritte im Bildungsbereich als zum Beispiel die Studienanfänger-Quote. Eine Beurteilung nach UNECE-Indikatoren [UNECE - United Nations Economic Commission for Europe] wird ebenfalls vorgeschlagen. Dabei geht es um die Umsetzung einer Strategie für nachhaltige Bildung. In der Berufsbildung seien Fachkräfte für ökologisches Wirtschaften auszubilden.

Bildungsinhalte modernisieren

Schule sollte lebensnaher werden. Sie müsse, so fordert ein Bürger, „den Umgang mit Information und Wissen fördern, wie er in realen Problemlösungskontexten erforderlich ist: nämlich als selbstorganisiertes und in vielen Fällen kooperatives Arbeiten unter Nutzung von Information und Wissen aus unterschiedlichsten Quellen“. Zusätzlich zu den Lehrkräften sollten ältere Erwachsene den Schülerinnen und Schülern ihr Erfahrungswissen zur Verfügung stellen. Zur Verbesserung der Konzentration werden Yoga-Übungen vor Unterrichtsbeginn empfohlen. Neue Medien sind verstärkt einzusetzen, auch um das Bewusstsein für globale Zusammenhänge und andere Kulturen zu fördern. Und Bildung beginnt nicht erst in der ersten Klasse. Förderung der sprachlichen Entwicklung und der Sozialkompetenz in Betreuungsstätten seien notwendig, weshalb laut einer Bürgerin eine mindestens zweijährige Vorschulpflicht sinnvoll wäre. Eine „flächendeckende Ganztagesbetreuung“ für Kleinkinder sei erforderlich, flankiert von einer „Qualitätsoffensive“ für diesen Bereich der Pädagogik. Kinder und Jugendliche brauchen „eine frühzeitige und kontinuierliche Sprachförderung über alle Bildungsstufen hinweg“. Hierzu wäre eine Untersuchung ihrer Sprachkompetenz im Vorschulalter hilfreich.

Bildung ohne Gebühren

Um den Zugang zur Bildung für Kinder aus Familien sämtlicher Einkommensklassen offen zu halten, solle sie von der Vorschulbetreuung in Krippen und Kindergärten bis zur Universität kostenlos sein beziehungsweise bleiben, ebenso wie das Studium (zumindest das erste und innerhalb der Regelstudienzeit), fordert ein Beteiligter. Zwei Schreiben schlagen vor, auch Zusatzkosten wie Schulutensilien, ÖPNV-Tickets, Schulessen et cetera als Form der Sozialversicherung zu finanzieren, praktisch beziehungsweise zum Teil anstelle des heutigen Kindergeldes. Später sollte jeder Jugendliche ein Recht auf eine Berufsausbildung haben – auch solche ohne Schulabschluss. Um die hohe Zahl der Ausbildungsabbrüche auszugleichen, verlangt eine Mutter, Zweit-Ausbildungen finanziell zu fördern. Ihrer Meinung nach sollten zusätzlich die finanziellen Freiheiten von „Jugendlichen“ bis 25 Jahren begrenzt werden, um Schul-

den zu vermeiden, und sie müssten – falls sie nicht mehr bei ihren Eltern leben – bis zu diesem Alter unter der Betreuung und „Kontrolle“ des Jugendamtes stehen.

Schule soll auf das Leben vorbereiten

Besonders praxisorientiert ist der Vorschlag zur Einführung der Pflichtfächer „Berufliche Selbständigkeit“ und „Vermittlung von Lebenspraxis“ in den achten und neunten Klassen aller deutschen Schulen. Ersteres sollte Heranwachsenden die Möglichkeiten persönlicher Zukunftsgestaltung und sämtliche Aspekte der Selbständigkeit sowie deren Anforderungen, Chancen und Risiken aufzeigen. Das zweite Fach dagegen würde den Schülerinnen und Schülern die gesellschaftlichen Regeln und Gepflogenheiten darstellen und sie auf den Umgang mit dem Staat und seinen Behörden vorbereiten. „Die Vermittlung von lebensnahem und tatsächlich existentiellem Wissen an den Schulen fände nur bedingt statt. Eine unmittelbare (automatische) Lebensvorbereitung bleibt weitgehend aus“, so der Urheber des Vorschlags. Alle Jugendlichen sollten an diesen Maßnahmen teilhaben, die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Integration von Schülerinnen und Schülern aus Migrantenfamilien – und anderen benachteiligten Gruppen – seien besonders zu berücksichtigen. Die Idee zielt bewusst darauf ab, die Generation von morgen fit für die Zukunft zu machen. Sie solle dazu befähigt und motiviert werden, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und die Gesellschaft aktiv zu gestalten. Dazu brauche man eben auch Unternehmergeist, Leistungsbereitschaft und nicht zuletzt Optimismus.

VIII. Forschung und Entwicklung

Zukunft ist ohne Wissen nicht denkbar. Die Wissenschaft hat unter anderem die Aufgabe, die Grundlagen für eine wirksame Nachhaltigkeitspolitik zu liefern und die Wirksamkeit entsprechender Maßnahmen zu überprüfen. Die Politik habe dafür Sorge zu tragen, dass sie diese Leistungen erbringen kann. „Das ist von sich aus nicht sichergestellt. Eher ist das Gegenteil der Fall“, betont ein Einsender. Mit anderen Worten: Es fehle den Forscherinnen und Forschern an Finanzmitteln. Vor allem der wissenschaftliche Nachwuchs sei besser zu fördern. Gleichzeitig gelte: „Die Vergabe von Forschungsmitteln muss an Nachhaltigkeitszielsetzungen gekoppelt werden“. Ein anderer Bürger weist auf die Bedeutung wissenschaftlicher Technikfolgenabschätzung hin. Sie sei „sehr stark auszubauen“, um „für die Menschen und die Umwelt schädliche Entwicklungen zu stoppen“. Ein dritter regt die Einberufung eines unabhängigen Wissenschaftsgremiums an, welches die Fortschritte der Nachhaltigkeitsstrategie auf jährlicher Basis bewerten und Korrekturvorschläge unterbreiten soll.

Forschung für neue Technologien beschleunigen

Wissen, Forschung und Innovation sind auch wichtige Grundlagen für eine leistungsfähige Wirtschaft. Diesbezüglich bietet die Nachhaltigkeitsstrategie viele Anknüpfungspunkte. „Nachhaltige Lösungen“ werden sich in zunehmendem Maße als „erheblich exportwirksame Technologien erweisen“, heißt es in einer Stellungnahme. „Recyclinggerechtes Bauen“, die Entwicklung von „Höchstleistungswerkstoffen für den ressourceneffizienten Leichtbau“ von Fahrzeugen und die mögliche Verwendung von CO₂ als Rohstoff in Produktionsprozessen sind nur einige Beispiele. Ein Verband ver-

langt die verstärkte Entwicklung von „modernen Zellkulturtechniken“ und anderen Verfahren als Alternative zu Tierversuchen. Dies könne „ein Innovationsmotor sein“. Um das Problem der radioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken zu lösen, sei die Erarbeitung eines nuklearen Entsorgungskonzepts inklusive der „Transmutation der über lange Zeit strahlenden Materialien“ vonnöten.

Stein- und Braunkohle werden „weltweit in wachsendem Umfang“ zur Energiegewinnung genutzt. Deshalb plädiert ein Verein für die Entwicklung eines so genannten „Clean-Coal-Konzepts“. Durch „Investition in modernste Technik, Forschung und Entwicklung“ sollten zukünftig zu bauende Kohlekraftwerke einen Wirkungsgrad von über 50 Prozent erreichen, während das anfallende klimaschädigende CO₂ abgetrennt und unterirdisch gespeichert wird. Eine solche Technologie wäre ein wesentlicher Beitrag zur „Klimavorsorge“ und ein potenzieller Exportschlager.

Forschungsschwerpunkt Landwirtschaft

In der Landwirtschaft wären intensivierete Forschungsaktivitäten unbedingt erforderlich, nicht nur um die Erzeugung umweltfreundlicher und ressourcenschonender zu gestalten, sondern auch um die ausreichende Ernährung der Weltbevölkerung zu sichern. „Das innovative Potenzial“ der ökologischen Landwirtschaft müsse durch Forschung und Entwicklung stärker gefördert werden, meint ein Verband. Zurzeit stünden zum Beispiel nur rund zwei Prozent der Forschungsmittel des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für den Ökolandbau zur Verfügung. Das sei nicht angemessen. „Es ist dringend geboten, Themen der nachhaltigen und ökologischen Lebensmittelverarbeitung in der Forschungslandschaft breit zu verankern und in allen Forschungsprogrammen zu etablieren“, schreibt eine andere Organisation. Sie fordert die Gründung eines Instituts für „angepasste Verarbeitungstechnologie für ökologische Lebensmittel“ und entsprechende Studiengänge. Der Bedarf an Fachkräften werde auf diesem Gebiet wachsen. Ein Bürger fordert, die möglichen wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen einer weltweiten Umstellung auf vegetarische Ernährung per Computermodell zu ermitteln und das Ergebnis „möglichst der gesamten Menschheit bekanntzumachen“.

5. Stellungnahmen zu sonstigen Themen

Manche Stellungnahmen enthalten auch Anregungen, welche sich nicht eindeutig einem der vorangegangenen Themenkreise zuordnen lassen. Eine wirksame Nachhaltigkeitsstrategie könne zum Beispiel nicht nur national sein, erklärt eine Organisation. Eine enge „Verzahnung“ mit den entsprechenden Strategien der Vereinten Nationen und der Europäischen Union sei unabdingbar ebenso wie die „Integration der einzelnen Bundesländer“. „Über die Ministerpräsidentenkonferenz sollte darauf eingewirkt werden, dass möglichst alle Bundesländer alsbald ihre eigene Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten. Diese Strategien sollten sich in wesentlichen Punkten an den Zielen und Schwerpunkten der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie orientieren.“

Neue Kommunikationsstrategien entwickeln

Eine Einsenderin fordert einen „radikalen Optimismus“ zur Bewältigung der Zukunfts-Herausforderungen. „Wir müssen lernen, wie wir alte und lieb gewordene Gewohnheiten ablegen und mit Freude auf gewohnte Freiheiten verzichten können, einfach, weil es eine Bereicherung für unser aller Leben sein kann und auch weil es Spaß macht.“ Deshalb sollten „geeignete Strategien im Rahmen der Umweltpsychologie und -kommunikation entwickelt werden.“ Die Psychostruktur der Menschen müsse besser berücksichtigt werden, betont ein Gremium. „... eine Chance, unsere individuellen Konstruktionsschwächen, die eine nachhaltige Entwicklung behindern, zu überwinden“, bestehe nur auf Gemeinschaftsebene. In einer anderen Stellungnahme wird eine veränderte, mitarbeiterbezogene Unternehmens- und Arbeitskultur mit als Grundlage für eine nachhaltig erfolgreiche Wirtschaft genannt.

Finanzielle Spielräume schaffen

Ein solider Staatshaushalt müsse Teil einer Nachhaltigkeitsstrategie sein, schreiben mehrere Partizipierende. Auch mit Blick auf die nachfolgenden Generationen, die nicht für unsere Schulden aufkommen sollen. „Im Übrigen muss das Ziel nicht ein Stopp der Nettoverschuldung sein, sondern vielmehr ein Schuldenabbau; nur so ist eine nachhaltige Entwicklung finanzierbar“, heißt es in einer Stellungnahme. Der Staat müsse effizienter werden, das Steuersystem sei weiter zu entwickeln: Die „gegenwärtig hohe Belastung der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung durch Lohnsteuer, Mehrwertsteuer und Sozialabgaben“ wäre zu reduzieren, auf der anderen Seite wird von manchen eine starke Besteuerung von Kapitalerträgen beziehungsweise „Finanztransaktionen sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen (Tobin-Steuer)“ befürwortet. Privates Kapital könnte in Form eines „Zukunftsfonds“ für Innovationen eingesetzt werden. Sponsoring, besonders „Umweltsponsoring“ müsse man von politischer Seite stärker begünstigen. Ein Bürger fordert eine höhere Besteuerung des Sylvesterfeuerwerks, „das ist nun reine CO₂-Belastung und Umweltsauerei!“

Einige Schreiben kritisieren vehement den Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in Deutschland. Die Bundesregierung dürfe das Ziel einer „Gleichbezahlung für gleiche Arbeit“ nicht fallen lassen. Es müssten „verbindliche Verfahrensvorschriften zur Umsetzung des Artikels 141 des EG-Vertrages veranlasst werden“, um den Grundsatz der Gehaltsgleichstellung durchzusetzen.

Ein Konsultationsteilnehmer plädiert für eine Umstrukturierung der Bundeswehr. Sie sollte kleiner, einsatzorientierter und „billiger“ werden. Gemeint ist wohl eine Berufsarmee: „Durch den wegfallenden Grundwehrdienst würde vielen jungen Männern ein Weg direkt vom Abitur zum Studium ermöglicht und nicht noch ein kostbares Jahr genommen. Die Wirtschaft klagt ja schließlich über Fachkräftemangel.“

Kulturgüter bewahren

Vereinzelt wird auch die Berücksichtigung kultureller Themen als Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie gefordert. Das kulturelle Erbe „ist eine gefährdete, nicht erneuerbare Ressource“, das „Gedächtnis unserer Zivilisation und der Verlust würde zu einer Entwurzelung der Menschen führen.“ Landschafts- und Ortsbilder seien zur

Stärkung der Wohn- und Lebensqualität zu sichern und zu entwickeln, ihre Beeinträchtigung durch „den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien“ wie zum Beispiel Windkraft zu vermeiden. Die Pflege „technischer Kulturgüter“ müsse gefördert werden.

„Die Bundesregierung sollte Hauseigentümer konsequent unter Druck setzen, Gemeinschaftsdachgärten zu bauen“, verlangt eine Bürgerin. Die Einrichtung zahlreicher Dachgärten in Städten würde ihrer Meinung nach den sozialen Zusammenhalt begünstigen, die Gesundheit fördern, Energie einsparen, der Artenvielfalt zugute kommen und weitere positive Auswirkungen haben.

Umweltsünder zur Rechenschaft ziehen

Welche Bedeutung haben Recht und Ordnung für die Nachhaltigkeitsstrategie? Es sei notwendig, „Umweltsünder an ihrem Vorhaben zu hindern, notfalls durch Ergänzung der Gesetze und zusätzlichem Personal bei den Behörden/Polizei“, meint ein Bürger. Das würde auch neue Arbeitsplätze schaffen. Ein anderer Konsultationsteilnehmer fürchtet dagegen stärkere Kontrollen. Überwachung von Telefon- und Internet-Kontakten, das „öffentliche Schnüffeln in Privatangelegenheiten oder in Geschäftsgeheimnissen“ stellen erhebliche Beeinträchtigungen der Bürgerrechte dar. Ein dritter Einsender weist auf das Problem der Internet-Kriminalität hin.

Drei Konsultationsteilnehmer fordern, den Schutz der Tiere in der Nachhaltigkeitsstrategie ausdrücklich berücksichtigen. „Sie sind ein Teil von uns“, schreibt eine Bürgerin. Anderswo wird das weltweite Bevölkerungswachstum angeprangert: „Nachhaltig wäre es, die Erdbevölkerung sofort durch Regelungen wie in China zunächst zu stabilisieren und dann Schritt für Schritt auf ein bis höchstens zwei Milliarden zu reduzieren. Ohne diese Maßnahme können wir uns eine Artenschutzkonferenz sparen.“

6. Ausblick

Die Bundesregierung dankt für die vielen wertvollen Hinweise, mit der die Bürgerinnen und Bürger die Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aktiv begleitet haben. Die Stellungnahmen haben gezeigt, dass Nachhaltigkeit als Thema in den gesellschaftlichen Gruppen einen breiten Rückhalt hat. Über die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung besteht in der Öffentlichkeit kein Dissens.

Die Bundesregierung sieht dies als Bestätigung ihrer Politik. Sie ist entschlossen, Nachhaltigkeit als politisches Leitbild noch stärker in den Mittelpunkt ihres Handelns zu rücken. Die geäußerte Kritik nimmt sie Ernst und versteht sie als wichtigen Anstoß, die Strategie und ihre Umsetzung im politischen Alltag weiter zu verbessern. Der Nachhaltigkeitsgedanke muss beispielsweise noch stärker in der Arbeit der Bundesregierung verankert werden. Auch dazu wird der Fortschrittbericht neue Ansatzpunkte formulieren.